Ausgabe 2/2018

IM LANDE DER BIBEL

Gesundheit!

Medizinische Versorgung im Heiligen Land

Aus dem Inhalt:
Orte der Hoffnung: Kliniken in Ost- und Westjerusalem
Absolvent Talitha Kumis ist jahrgangsbester Zahnmediziner
Bischof Azars Statement zum Nationalstaatsgesetz

ISSN-Nr. 0019-2597

Liebe Leserinnen und Leser,

„Ein Palästinenser, der zum Arzt geht, ist zwei Wochen später tot“, sagte mir Anfang der 1990er Jahre ein palästinensischer Bekannter aus Beit Jala, um die zurückhaltende Haltung der Palästinenser zu einem Arztbesuch zu beschreiben. Tragisch an der Aussage ist, dass der Bekannte selbst Arzt von Beruf war und wenige Jahre später sehr rasch verstarb, nachdem er eine Diagnose erhalten hatte.

Tatsächlich zögerten damals viele PalästinenserInnen selbst bei gravierenden Erkrankungen einen Arztbesuch so lange hinaus, bis schließlich kaum mehr eine Chance auf Heilung bestand. Vor knapp 30 Jahren war die ärztliche Versorgung auf der Westbank oft noch so eingeschränkt, dass viele Erkrankungen nicht adäquat therapierbar waren. Deswegen brach bei vielen PalästinenserInnen der Lebenswille, wenn sie erfuhren, krank zu sein.

Nun springen wir in die Gegenwart: Wie steht es um die medizinische Versorgung in Palästina 2018? Wir können das nicht umfassend analysieren, aber Ihnen einige Perspektiven vorstellen: von einer erfahrenen Kinderärztin bis zum jungen Absolventen der Zahnmedizin. Wir berichten aus dem evangelischen Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Ostjerusalem sowie der Hadassah-Universitätsklinik in Westjerusalem. Denn auch der Blick hinüber auf die israelische und jüdische Seite gehört dazu – und gewährt außergewöhnliche Einblicke.

Daneben treten wie gewohnt die Nachrichten aus den evangelischen Gemeinden und Schulen im Heiligen Land sowie manche Notizen aus unserer Vereinsarbeit in Deutschland. So blicken wir auf die Amtszeit von Rolf Lindemann als Schulleiter von Talitha Kumi zurück und drucken die Stellungnahme von Bischof Azar zum israelischen Nationalstaatsgesetz hier ab. Außerdem stellen wir unseren neuen Patenschaftsbeauftragten Florian Brell vor.

Ich denke, uns ist wieder eine interessante Mischung gelungen und wünsche Ihnen einen Herbst mit vielen angenehmen Lektüregelegenheiten.

Ihr
Jens Nieper
Geschäftsführer des Jerusalemsvereins

Im Lande der Bibel 2/2018
63. Jahrgang

Zum Titelbild: Der Eingangsbereich des auf dem Ölberg gelegenen Auguste-Viktoria-Hospitals. Benannt nach der Ehefrau des deutschen Kaisers Wilhelm II., wurde das heutige Klinikgebäude 1910 als Pilgerzentrum eingeweiht. Von 1917 bis 1948 war es in britischer Hand, nach dem Krieg 1948 gründeten die United Nations Relief and Works Agency (UNRWA) und das rote Kreuz hier mit Unterstützung des Lutherischen Weltbunds ein Krankenhaus für palästinensische Flüchtlinge.

2 Zu diesem Heft

4 Meditation
Ich bin der Herr, Dein Arzt
2. Buch Mose 15,26

6 Medizinische Versorgung im Heiligen Land
7 Ort der Hoffnung
Das Auguste-Viktoria-Hospital auf dem Ölberg
12 Drei Fragen an Pauliina Parhiala
14 Die Politik bleibt draußen
Begegnungsort Hadassah-Klinik
17 „Unsere Gesellschaft braucht mehr Gesundheitsbewusstsein“
Ein Gespräch mit Kinderärztin Dr. Ghada Asfour
20 Danke, Talitha Kumi!
Absolvent aus Beit Jala ist jahrgangsbester Zahnmediziner
24 Ist Schwangerschaftsabbruch erlaubt?
Medizinethik im orthodoxen Judentum

30 Aus dem Jerusalemsverein
30 Vertrauensleute
31 Impressum und Fotonachweise
32 Für eine bessere Zukunft in Nahost
25 Jahre Gerda von Mach Gedächtnisstiftung
35 Neu im Heiligen Land
Vier zusätzliche Freiwilligenstellen in Ostjerusalem
35 Neu im Berliner Missionswerk
Florian Brell, Patenschaftsbeauftragter

36 Aus Schulen und Gemeinden
36 Aufruf an die BürgerInnen Israels
Bischof Sani Ibrahim Azar zum Nationalstaatsgesetz
38 Herzlichen Dank, Herr Lindemann!
Abschied nach acht Jahren als Schulleiter Talitha Kumis
42 „Die Diakonissen waren stark und weise“
Iman Al Assa über ihre Schulzeit in Talitha Kumi

45 Kurzmeldungen
Matthias Wolf als Schulleiter eingeführt • Benefiz für Talitha Kumi • Vortrag über Medizinethik

46 Hier können Sie helfen
Zähneputzen macht Spaß!

Ich bin der Herr, Dein Arzt

Meditation zum 2. Buch Mose 15,26

Von **Jens Nieper**

Nur wenige Schritte von der geschäftigen Jaffa-Straße im Zentrum Jerusalems entfernt liegt das Bikur Cholim-Krankenhaus. Inmitten der engen Bebauung kommt die Pracht des Gebäudes heute kaum mehr zur Geltung. Viele laufen an dem Bau vorbei, ohne ihn eines Blickes zu würdigen.

Wer aber einen Moment stehen bleibt, der entdeckt über dem imposanten Hauptportal eine in Stein gehauene Taube, eine weitere auch über dem Nebeneingang. Die Form dieser Taube kommt denen, die mit der evangelischen Geschichte im Heiligen Land oder aber mit der diakonischen Arbeit in Deutschland vertraut sind, sicherlich bekannt vor: Es ist die Taube der Kaiserswerther Diakonie.

Die Taube ist auch zum Symbol des Schulzentrums Talitha Kumi geworden, denn Schule und Krankenhaus wurden beide von Kaiserswerther Diakonieschwestern Mitte des 19.Jahrhunderts gegründet. Das Hospital wurde später von der jüdischen Bikur-Cholim-Gesellschaft erworben.

Bei einem genaueren Blick auf den zunächst so unscheinbar wirkenden, etwas versteckt liegenden Seiteneingang des Hospitals erkennt man: Unter der Taube ist ein in deutscher Sprache gemeißelter Schriftzug erhalten geblieben. „Ich bin der Herr, dein Arzt.“ – ein Wort aus dem zweiten Buch Mose.

Gott wird in der Bibel in vielfältiger Weise beschrieben: als Kriegsherr und als Töpfer, als Löwe und als Henne, als Vater wie als Mutter, mal als Gärtner und Bauer, dann als König. Und in dieser Bibelstelle also auch als Arzt.

Das Bibelwort stammt aus einer Zeit, in der die Menschen zwar nicht medizinisch unwissend waren – so manche der damaligen Fähigkeiten verblüfft noch heute -, in der jedoch den Diagnose- und Therapiemöglichkeiten im Vergleich zu heute enge Grenzen gesetzt waren. Im hebräischen Wort „Rofe“ klingt noch eine ziemlich handwerkliche Dimension ärztlicher Tätigkeit mit: Ein Arzt war demnach ursprünglich ein „Zusammenflicker“.

In biblischer Zeit lag der Gedanke, dass Gott Gesundheit schenkt, aber auch Krankheiten sendet, näher, als dies für die Gegenwart gilt. Krankheit wurde damals als eine Strafe, Wohlergehen als ein Segen gedeutet.

In Zeiten, in denen man von Bakterien und Viren weiß, Körperfunktionen in Mikro-, ja Nanodimensionen erforscht sind, die Genetik immer weitere Geheimnisse des Lebens offenlegt und sowohl die Pharmazie als auch die Medizintechnik Möglichkeiten eröffnen, von denen noch vor wenigen Jahrzehnten kaum jemand zu träumen wagte, ist das Verständnis von Gesundheit und Krankheit ein anderes. Fast alle Erkrankungen sind erklärbar – kaum jemand begreift eine Erkrankung unmittelbar als Zeichen Gottes. Wir kennen die Grundregeln gesunder Lebensführung und verfügen über Therapien, sodass Heilung nicht mehr wie ein Wunder wirkt.

Und dennoch: Trotz hochmoderner medizinischer Standards bleibt ein Raum des Unerklärlichen, eine Sphäre, über die wir Menschen keine Gewalt haben. Es gibt noch immer Krankheiten, deren Ursachen nicht erwiesen sind, deren Verlauf nicht verstanden wird oder für die es keine Heilmittel gibt. Es gibt medizinische Krisensituationen, in denen kein Arzt weiß, ob die Operation erfolgreich sein wird oder die verabreichten Medikamente helfen werden. Krankheiten oder Verletzungen solchen Ausmaßes, dass auch MedizinerInnen sagen: „Jetzt hilft nur noch Beten!“.

Ebenso gibt es Genesungsfälle, die wissenschaftlich unerklärbar bleiben. Heilung von Menschen, denen kein ärztliches Können und kein Tun mehr half, sondern denen wirklich nur noch Hoffnung blieb – oder selbst die nicht mehr. Wunder.

Für religiöse Menschen ist diese Sphäre das Wirken Gottes. Das Wirken, das sich eigentlich schon im gut funktionierenden Alltag still vollzieht – nicht weniger heilsam, aber oft unbemerkt. In diesem Sinn ersetzt Gott weder Ärztinnen und Ärzte noch die moderne Medizin, sondern er ergänzt und stärkt sie. Und manchmal geht Gott den entscheidenden Schritt weiter, der uns Menschen verwehrt ist. So ist und bleibt Gott auch heute noch unser Arzt.

Gesundheit!

Medizinische Versorgung im Heiligen Land

Ort der Hoffnung

Das Auguste-Viktoria-Hospital auf dem Ölberg

Für KrebspatientInnen aus der Westbank und aus Gaza ist das Auguste-Viktoria-Hospital auf dem Ölberg in Ostjerusalem oft die letzte Rettung: Es ist das einzige palästinensische Krankenhaus, in dem es Bestrahlungsgeräte gibt und das eine individualisierte Krebsbehandlung nach neuesten medizinischen Standards anbietet. Außerdem kommen täglich Familien aus palästinensischen Städten und Dörfern mit ihren Kindern zur ambulanten Dialyse hierher. Das Krankenhaus kooperiert sowohl mit den palästinensischen als auch den israelischen Gesundheitsbehörden.

Von **Silke Nora Kehl**

Sechs Mädchen, Teenager in leuchtend bunten Blusen, Kapuzenshirts oder bequemen Trainingsjacken sitzen auf ihren Betten. Sie kichern, rufen sich durch den Raum etwas zu, versuchen, die Aufmerksamkeit des Arztes zu gewinnen. Aufstehen und herumlaufen können die Mädchen nicht: Über einen kleinen Schlauch sind ihre Arme mit Dialysegeräten neben den Betten verbunden, die Blutwäsche dauert mehrere Stunden. An der Seite der Mädchen sitzen ihre Mütter, manchmal auch noch eine Tante oder die Großmutter.

Die 14-jährige Shirin Kawazbeh und ihre Mutter kommen dreimal in der Woche zur Behandlung in das Auguste-Viktoria-Hospital (AVH) auf dem Ölberg: aus Bethlehem. „Das Nervigste daran ist, dass wir dann so früh aufstehen müssen“, sagt Shirin. Gegen 6:30 Uhr brechen die beiden auf. Die Klinik bietet für PatientInnen aus der Westbank Transfers an: Kleinbusse, die in Städte und umliegende Dörfer kommen und von dort direkt Richtung Ölberg fahren. Alle PatientInnen und ihre Begleitpersonen benötigen einen permit – eine offizielle Bescheinigung der israelischen Behörden, die ihnen erlaubt, den Checkpoint an der Jerusalemer Stadtgrenze zu passieren.

Von Bethlehem zum Ölberg sind es zwölf Kilometer, dennoch zieht die Fahrt sich lang hin. Morgens staut sich der Verkehr um die Checkpoints und auf der Hebron Road, die von Süden aus zur Jerusalemer Altstadt führt. Auch die Behandlung im Krankenhaus dauert – mindestens dreieinhalb Stunden. Shirin und ihre Mutter kehren erst am späten Nachmittag nach Hause zurück. Die fünf Geschwister müssen sich dort in der Zwischenzeit allein versorgen. In Bethlehem sowie der ganzen Westbank gibt es keine Dialyse speziell für Kinder, diese Behandlung bietet nur das AVH. 26 Prozent der dort behandelten Dialyse-PatientInnen sind Kinder unter 18 Jahren.

Shirin wird sehr wahrscheinlich ihr Leben lang auf die Dialyse angewiesen sein. „Ihre Nierenfunktion ist stark eingeschränkt, geheilt werden könnte sie nur durch eine Transplantation“,

Shirin (14) muss dreimal pro Woche zur Dialyse

erklärt Tareq Muffareh, Arzt in der nephrologischen Kinder-Abteilung. In den letzten vier Jahren litt das Mädchen immer wieder an Seitenschmerzen sowie starken Krämpfen in den Beinen und im Bauchraum. Ihr Blutdruck erhöhte sich stark. Schmerzen habe sie während der Behandlung nicht, sagt Shirin, sie spüre kaum etwas von der Blutwäsche. „Trotzdem weint sie manchmal und möchte nicht schon wieder stundenlang an die Maschine angeschlossen sein", sagt Muffareh. „Sie sagt dann, dass es sie langweile."

Doch es geht nicht nur um Langweile. „Die chronische Erkrankung ist auch eine große seelische Belastung", sagt Yousef al-Dawadeh, der Pfleger auf der Station ist. „Hier im Krankenhaus gibt es eine psychosoziale Betreuung für die Kinder und ihre Familien, um mit der Situation besser zurecht zu kommen." Auch das Pflegepersonal werde regelmäßig psychologisch geschult. Manchmal helfe den Mädchen ein phantasievoller Umgang mit der Situation: „Zum Beispiel stellen wir uns den Dialyse-Apparat als Teil eines Spiels vor oder wir organisieren auf der Station eine kleine Party". Al-Dawadah zeigt ein mit dem Smartphone gefilmtes Video, auf dem Shirin und die anderen Mädchen ausgelassen durch den Raum laufen. „Es ist wichtig, dass sie sich auch wie ganz normale Teenager fühlen können."

Seit November 2016 gibt es auf der Kinderstation des Auguste-Viktoria-Hospitals eine Schule. Hier werden sowohl Kinder und Jugendliche unterrichtet, die wie Shirin und ihre Mitpatientinnen regelmäßig ambulant behandelt werden, als auch junge KrebspatientInnen, die stationär untergebracht sind. „Die Kinder hier brauchen eine Perspektive für ihre Zukunft", betont al-Dawadeh, „sie sollen nicht aufgrund ihrer Erkrankungen den Unterricht verpassen". Im Krankenhaus wird nach Lehrplänen der palästinensischen Schulbehörde unterrichtet: Vier LehrerInnen arbeiten dort in Vollzeit, unterstützt durch freiwillige HelferInnen.

Das AVH hat insgesamt knapp 130 stationäre und etwa 50 ambulante Betten und bietet eine sogenannte tertiäre Versorgung: „Die hoch spezialisierten Gesundheitszentren des Auguste-Viktoria-Hospitals bieten gezielt Untersuchungen und Therapien an, die es in anderen palästinensischen Krankenhäusern nicht gibt", heißt es im aktuellen Jahresbericht der Klinik. Neben der nephrologischen Abteilung sei vor allem das Krebs-Versorgungszentrum eine wichtige Anlaufstelle für PatientInnen aus der Westbank und dem Gazastreifen. Insgesamt 22.349 Bestrahlungen wurden nach Angaben des Berichts 2017 dort durchgeführt, in manchen Monaten waren es 70 Behandlungen pro Tag.

Beim Besuch im Krebs-Behandlungszentrum wird schnell deutlich: Die ÄrztInnen und PflegerInnen arbeiten auf Hochtouren, alle Abläufe sind exakt durchgeplant. Denn es gibt derzeit nur zwei Geräte für die Bestrahlungstherapie – das dritte ist in Reparatur. Und das Auguste-Viktoria-Hospital ist das einzige palästinensische Krankenhaus, das überhaupt über Geräte verfügt. Kliniken in der Westbank oder in Gaza können keine Bestrahlung anbieten. Deswegen kommen die PatientInnen von weit her nach Jerusalem.

So wie der 58-jährige Hadnan Shalabi, der mit seiner Frau im Flüchtlingscamp Jenin lebt. Die knapp 80 Kilometer lange Strecke nach Jerusalem legt er bis zum Kalandia-Checkpoint bei Ramallah mit dem Auto zurück. Trotz des weiten Weges ist er froh, Patient im AVH zu sein. „Ich fühle mich hier sehr gut betreut und die Bestrahlungen helfen mir", sagt er. „Zwar bin ich durch die Behandlung oft erschöpft, aber bevor ich hierher kam, ging es mir viel schlechter." Im Krankenhaus in Jenin war der Krebs zunächst nicht erkannt worden, schließlich diagnostizierte ein Urologe die schon fortgeschrittene Erkrankung mittels eines Laborbefundes.

„Ich war immer ein sportlicher und gesunder Mensch, ich spiele Fußball", erklärt Shalabi. Der Krebsbefund habe ihn sehr getroffen. In einer Hinsicht hatte er jedoch Glück: Als Angestellter der Stadtverwaltung Jenins ist Shalabi gesetzlich krankenversichert – was in diesem Fall bedeutet: über die Palästinensische Autonomiebehörde (PA). Er und seine Familienmitglieder haben Anspruch darauf, sich in öffentlichen Krankenhäusern in der Westbank behandeln zu lassen, die Behandlungskosten werden von der Versicherung übernommen.

Und im Fall einer Krebserkrankung können sich gesetzlich versicherte PalästinenserInnen von einem dieser Krankenhäuser ans Auguste-Viktoria-Hospital überweisen lassen. Allerdings wird jeder einzelne Fall erst von einem Komitee der Gesundheitsbehörde geprüft, denn mit einer Überweisung an das Krebszentrum in Ostjerusalem verpflichtet sich die PA zur Übernahme der Behandlungskosten – und die sind bei KrebspatientInnen hoch.

Wenn also diese erste bürokratische Hürde genommen ist und das Komitee für die Überweisung plädiert, benötigt der Patient oder die Patientin unbedingt die Genehmigung (permit) der israelischen Behörden, die zum Passieren der Checkpoints Richtung Jerusalem berechtigt. Um das Einholen der permits kümmert sich Ramzi Ja'bari, Mitarbeiter in der Verwaltung des Auguste-Viktoria-Hospitals. Sobald ihm eine PatientInnenakte mit der Überweisung durch die PA vorliegt, nimmt er Kontakt zu den israelischen Behörden auf.

Hadnan Shalabi kommt aus Jenin zur Bestrahlung

„Bei PatientInnen aus der Westbank gibt es keine Probleme, keine Komplikationen", sagt Ja'bari. „Die Behörde für humanitäre Hilfe ist sehr kooperativ, wir arbeiten gut mit dem dortigen Gesundheits-Team zusammen." Die Genehmigungen würden rasch ausgestellt und seien in der Regel drei Monate gültig. Dauert die Behandlung länger, muss Ja'bari rechtzeitig einen neuen permit beantragen. Ganz anders schildert er die Situation für PatientInnen aus Gaza: „Es ist unglaublich schwierig für die Menschen. Kürzlich durfte eine Mutter ihr schwer krankes Baby nicht ins AHV begleiten, sie wurde als ‚potentiell gefährlich' eingestuft, allein deshalb, weil sie eine junge Frau aus Gaza ist", meint Ja'bari. Statt der Mutter begleitete schließlich die Großmutter den drei Monate alten Säugling.

„Wir haben hundert schwer kranke PatientInnen in Gaza, die keine Genehmigung für die Fahrt nach Jerusalem bekommen." Und wenn ein permit ausgestellt werde, sei dieser oft nur für einen Tag gültig. Gerade für KrebspatientInnen, die an mehreren aufeinander folgenden Tagen zur Bestrahlung oder zur Chemotherapie müssen, ist die Situation immer wieder aufs Neue belastend – und kostet wertvolle Zeit im Kampf gegen die Krankheit.

„Wir lassen die Leute dann eben hier im Hotel übernachten, mit dem das Krankenhaus kooperiert", sagt Ja'bari. Eine heikle Situation: Ohne permit dürften sich PalästinenserInnen aus Gaza oder der Westbank offiziell gar nicht in Ostjerusalem aufhalten. Ja'bari zieht seine Schultern hoch. „Dass so viele PatientInnen aus Gaza keine Genehmigung bekommen, ist politisch

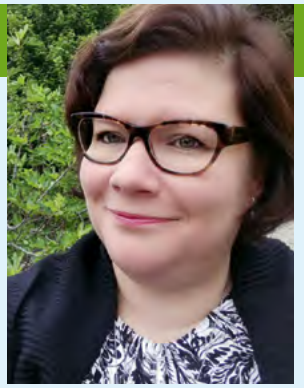
Auguste-Viktoria-Shuttle: Viele PatientInnen nutzen den Transport-Service des Krankenhauses

gewollt", sagt er. Über die permits entscheide hier keine humanitäre Einrichtung, sondern der Sprecher einer Militäreinheit – und der wechsle regelmäßig. Einen festen Ansprechpartner hat Ja'bari daher nicht.

Basima Abu Watfa (61) aus Gaza-Stadt hat eine Genehmigung bekommen. Und ihr Mann ebenfalls – zumindest für heute. Daher kann er sie in die Klinik begleiten und nach der letzten Chemotherapie-Sitzung im Auto mit nach Hause nehmen. Darüber ist Abu Watfa froh. „Ich bin durch die Behandlung sehr geschwächt", sagt sie. Ihr Blutdruck ist gesunken, die Haare sind ausgefallen und die Haut ihrer Hände ist dunkler geworden. Alle drei Wochen muss Abu Watfa zur Chemotherapie ins Auguste-Viktoria-Hospital kommen: für jeweils drei Tage. Sie übernachtet dann im PatientInnen-Hotel. Der Weg von Zuhause nach Jerusalem koste Kraft, erklärt sie: „Obwohl ich den permit habe – die Situation am Checkpoint ist manchmal so anstrengend und nervenaufreibend."

Kräftezehrend war auch Abu Watfas Weg ins AHV. Vor anderthalb Jahren spürte sie beim Beten in der Moschee plötzlich einen starken Schmerz im Bein. Sie suchte mehrere Ärzte auf, auch Spezialisten. Keiner von ihnen erkannte, dass Abu Watfa bereits einen aggressiven Tumor hatte. Nach einiger Zeit bildete sich eine große Beule unter ihrer Haut. Zur Computertomographie im

Drei Fragen an Pauliina Parhiala



Pauliina Parhiala

Pauliina Parhiala leitet seit Mai das Büro des Lutherischen Weltbunds in Jerusalem und steht damit dem Auguste-Viktoria-Hospital (AVH) als Repräsentantin vor. Silke Nora Kehl traf sie zu einem Gespräch auf dem Ölberg.

Frau Parhiala, der Lutherische Weltbund ist Träger des Auguste-Viktoria-Hospitals. Welches Standing hat das Krankenhaus bei den Menschen hier in der Region?

Es wird ganz klar als palästinensisches Krankenhaus wahrgenommen. Von den 400 MitarbeiterInnen sind bis auf vier oder fünf Ausnahmen alle PalästinenserInnen. Ich bin erst seit kurzem hier und sehr beeindruckt davon, wie sehr sich die Menschen mit ihrer Arbeit und diesem Ort identifizieren. Auch die Anwohner Ostjerusalems betrachten das Auguste-Viktoria-Hospital als „ihr" Krankenhaus. Bei den muslimischen PatientInnen kommen anfangs manchmal Fragen auf oder sie haben Zweifel – angesichts einer lutherischen Einrichtung. Aber auch diese PatientInnen fühlen sich dann doch immer sehr gut bei uns betreut, ist mein Eindruck.

Wie ist die Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Autonomiebehörde?

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) ist unser größter Kunde: Sie überweist regelmäßig PatientInnen an uns – vor allem an Krebs erkrankte Menschen. Sobald ein Patient die Behandlung beginnt, sollte die PA die Kosten decken. Ohne finanzielle Hilfen der USA und der EU sowie internationale kirchliche Unterstützung würde die Behörde die insgesamt enormen Summen nicht bewältigen können. Doch trotz der Spenden aus dem Ausland bleibt der cash-flow ein Problem: Die palästinensische Regierung schuldet dem Auguste-Viktoria-Hospital viel Geld. Wir haben bereits hohe Summen für Medikamente vorfinanziert. Im Mai 2017 musste die Klinik schwer kranke PatientInnen ablehnen, weil kein Geld für Therapien da war. Die Hälfte des jährlichen Gesamtbudgets von knapp 50 Millionen Euro ging 2017 in Medikamente.

Was ist mit Menschen in Palästina, die nicht ins AVH nach Ostjerusalem kommen können?

Wir schicken mobile Mini-Kliniken in die Westbank, gerade auch in abgelegene Regionen. Es gibt Teams, die über Diabetes aufklären und Präventionsstrategien vermitteln. Und die ausschließlich weiblich besetzten Mammographie-Teams. Sie bieten Frauen vor Ort Untersuchungen an und klären über eigene Möglichkeiten der Vorsorge auf. Denn früh erkannt, kann gerade Brustkrebs gut behandelt werden. Leider kommen 30 Prozent unserer Patientinnen erst zu uns, wenn der Krebs bereits in sehr fortgeschrittenem Stadium ist. Dagegen können wir etwas tun!

Schifa-Krankenhaus in Gaza kam Basimas Tochter Aishe mit, die als Krankenschwester arbeitet. „Als meine Tochter den CT-Scan sah, hat sie geschrien und ist in Tränen ausgebrochen", erinnert sich Basima. Eine Biopsie in der Al-Makassed-Klinik in Ost-Jerusalem wies einen sehr bösartigen Krebs nach, der sich schnell im Körper ausbreitet. „Aber es hat dann drei Wochen gedauert, bis die PA endlich entschieden hat, mich als Patientin ans Auguste-Viktoria-Hospital zu überweisen", berichtet Abu Watfa. „So lange warten zu müssen war ebenfalls nervenaufreibend." Um die bürokratischen Abläufe und die Verhandlungen mit der Gesundheitsbehörde kümmerte sich ihr Mann.

Basima Abu Watfa aus Gaza hat Krebs

Welche Überlebenschancen haben PatientInnen wie Hadnan Shalabi oder Basima Abu Watfa? Grundsätzlich sei Krebs heute gut beherrschbar, sagt Doktor Yousef Hamamreh, Leiter des Krebs-Behandlungszentrums im AVH. „Die Onkologie macht derzeit so rasche Fortschritte, dass es alle paar Monate neue und bessere Behandlungsmethoden gibt." Bestrahlung und Chemotherapie würden dadurch ergänzt oder sogar ersetzt, erklärt er: „Etwa durch pflanzliche Präparate, vor allem aber durch die Immuntherapie, bei der wir gezielt Antikörper einsetzen, die ausschließlich die Krebszellen und nicht die gesunden Zellen der PatientInnen angreifen."

Zeit bleibe trotz medizinischen Fortschritts ein wichtiger Faktor, stellt Hamamreh klar: „Wichtig ist, dass Krebs früh erkannt wird. Deswegen liegt ein Schwerpunkt unserer Arbeit auf Prävention, insbesondere auf der Brustkrebsvorsorge für Frauen." Hamamreh betont, dass die wissenschaftlichen und medizinischen Standards des Auguste-Viktoria-Hospitals denen israelischer Krankenhäuser entspreche und die israelischen Gesundheitsbehörden mit dem AVH kooperieren. Er selbst hat einige Jahre an der Hadassah-Klinik in Westjerusalem gearbeitet. „90 Prozent unserer ÄrztInnen sind an israelischen Krankenhäusern ausgebildet und wir sind stolz darauf", erklärt er.

Basima Abu Watfa setzt jedenfalls trotz ihrer Diagnose Hoffnung in das Krankenhaus. Durch die Chemotherapie seien die Krebszellen immerhin kleiner geworden, sagt sie. Aber wenn sie darüber nachdenkt, was ihr größter Wunsch für die Zukunft ist, dann denkt sie nicht an sich selbst. Sondern an ihre elf Kinder: Sie hat acht Töchter und drei Söhne. „Mein größter Wunsch ist, dass meine Söhne in Gaza eine Arbeit finden und meine Kinder einmal ein gutes Leben haben werden."

Die Politik bleibt draußen

Begegnungsort Hadassah-Klinik

Kippa und Hijab – im Hadassah-Universitätskrankenhaus in West-Jerusalem arbeiten jüdische und arabische Israelis zusammen. Außerdem bilden sich viele palästinensische ÄrztInnen aus dem Westjordanland dort zu SpezialistInnen weiter. Gemeinsam behandeln sie israelische und palästinensische, jüdische, muslimische und christliche PatientInnen. Unter einer Bedingung: Ihre politischen Ansichten lassen alle zu Hause.

von **Theresa Krinninger** und **Christina Spitzmüller**

Im Behandlungszimmer von Kinderärztin Dr. Muna Sharaf sitzt der dreijährige Issa auf einer Liege und sträubt sich gegen die Untersuchung. Issa ist blind und hat Osteoporose, eine Krankheit, bei der die Knochen leichter brechen. Er ist einer der vielen arabisch-sprachigen PatientInnen auf der Kinderstation des Hadassah-Krankenhauses – gelegen auf dem Campus „Ein Kerem", ganz im Westen Jerusalems.

Muna Sharaf ist Palästinenserin aus dem Westjordanland. Im Hadassah-Klinikum lässt sie sich zur Hormonspezialistin ausbilden. In den Arbeitsalltag an dem israelischen Krankenhaus werde sie ganz selbstverständlich eingebunden, erklärt sie: „Ich arbeite wie jeder andere Arzt hier auch, gehe zu Meetings, schaue mir die Patientenakten an. Im Rahmen meiner Spezialisierung und auch grundsätzlich lerne ich viel."

Die zierliche Kinderärztin kommt aus Nablus, einer Stadt etwa 70 Kilometer nördlich von Jerusalem. Trotzdem braucht sie manchmal stundenlang zur Arbeit. Sie muss durch zwei israelische Sicherheits-Kontrollpunkte und vier Mal umsteigen. In ihrer Heimat kann sie sich nicht weiterbilden, denn dort gibt es in ihrem Fachgebiet kaum Spezialisten und es fehlt den Kliniken an geeigneter Ausstattung.

Sharaf holt ihren Ausbilder, Dr. David Zangen, zur Untersuchung des kleinen Issa dazu. Sie unterhalten sich auf Englisch. Zangen ist jüdischer Israeli. Im Jerusalemer Alltag haben Israelis und PalästinenserInnen wenig Kontakt. Hier im Krankenhaus ist das anders. Daran muss sich die Eine oder der Andere erst gewöhnen. „Ich sehe oft, wie überrascht beispielsweise jüdisch-orthodoxe PatientInnen sind, wenn sie uns hier sehen: ich mit meiner Kippa, Muna mit Kopftuch. Aber für uns hier ist das ganz normal", erklärt Zangen lächelnd.

Zu Sharaf kommen an diesem Vormittag vor allem arabische PatientInnen, im Nebenzimmer empfängt Zangen jüdische Kinder und ihre Eltern. Dass die Behandlungszimmer so aufgeteilt sind, liege an der Sprache, sagt er. Denn Muna Sharaf spreche kaum Hebräisch. Mit Vorurteilen habe das nichts zu tun: „Ich glaube, dass die meisten jüdisch-israelischen Familien kein Problem damit haben, wenn ihr Kind von einer arabischen Ärztin behandelt wird. Das gibt es zwar auch, aber nur im Extremfall, es sind Ausnahmen." Seine Kollegin Sharaf hat da andere Erfahrungen gemacht: „Manche Familien wollen einfach nicht zu einer palästinensischen Ärztin gehen. Sie werden dann von Doktor Zangen behandelt." Das sei aber kein Problem für sie.

Im Hadassah-Klinikum arbeiten 850 festangestellte Ärzte, etwa 20 Prozent von ihnen sind AraberInnen mit israelischem Pass. Hier, auf den Hadassah-Fluren, treffen nicht nur verschiedene Sprachen aufeinander, sondern auch unterschiedliche politische Einstellungen. Um trotzdem gut zusammenarbeiten zu können, werden diese ganz bewusst ausgeblendet. „Politische Themen gehören

Orthodoxe Juden, gläubige Muslime, pilgernde Christen – zu viel institutionalisierte Religion auf kleiner Fläche für Christina Spitzmüller. Die Stadt war ihr viel zu religiös aufgeladen. Zurück in Deutschland ist sie froh, dass sie den Leuten auf der Straße nicht gleich ansieht, woran sie glauben.

nicht ins Krankenhaus“, sagt Sharaf. „Schließlich arbeiten wir hier genauso wie überall sonst auf der Welt: Wir behandeln jeden Patienten gleich.“

Und ihr Ausbilder Doktor Zangen weiß, dass der Versuch, PatientInnen politisch zu überzeugen, sowieso nichts bringen würde: „Ich behandle hier arabische Patienten und kann vielleicht einen guten Eindruck hinterlassen. Aber dann gehen sie nach Hause und schauen Nachrichten von Al Jazeera. Ich glaube nicht, dass Reden viel bringt.“ Die Klinik-Ärzte wissen zwar von den politischen und religiösen Ansichten der anderen, thematisieren diese jedoch kaum. Das Verhältnis untereinander ist herzlich – aber professionell.

Theresa Krinninger war in Jerusalem von Anfang an auf der Suche nach Schakschuka, einem israelischen Gericht aus Tomaten, Zwiebeln und pochierten Eiern. Weil Schakschuka aber traditionell zum Frühstück gegessen wird, ging sie bei der abendlichen Nahrungssuche leer aus. Zuhause in Berlin kochte sie sich als erstes Schakschuka – und zwar zum Abendessen!

David Zangen glaubt dagegen schon an die Bedeutung persönlicher Begegnungen – und an die fachliche Zusammenarbeit. Vor zehn Jahren begann er, palästinensische ÄrztInnen zu Hormon-SpezialistInnen weiterzubilden: „Bildung ist für die Region das Wichtigste. Die Kollegen können sich hier in Bereichen spezialisieren, für die es in ihrem Umfeld im Westjordanland noch keine Experten gibt. Wenn wir zusammenarbeiten, bereichert das alle.“

Nach drei Jahren im Hadassah-Klinikum wird Muna Sharaf wieder in ihre Heimatstadt Nablus zurückkehren. Sie will dort an der Verbesserung der medizinischen Versorgung im Westjordanland mitwirken. Ihr Ausbilder ist sich sicher, dass sie vor Ort die Beste sein wird. Sharaf lacht: „Inshallah, so Gott will.“ „Ganz sicher“, widerspricht Zangen, „und nicht so Gott will“. Sharaf behält das letzte Wort: „Bestimmt, aber nur wenn Gott will.“

Theresa Krinninger und Christina Spitzmüller sind Volontärinnen der Evangelischen Journalistenschule (EJS) in Berlin. Im Rahmen einer Recherchereise verbrachte ihr Ausbildungsjahrgang eine Woche in Jerusalem und beschäftigte sich mit der Frage: Wem gehört die Heilige Stadt? Die Autorinnen hörten vom Hadassah-Klinikum, das als einer der wenigen Orte gilt, wo Menschen unterschiedlichster Ansichten zusammenarbeiten. Mehr Beiträge aus dem Projekt hören Sie im Internet unter www.wemgehoertjerusalem.de. Infos zur EJS unter: www.evangelische-journalistenschule.de.

„Unsere Gesellschaft braucht mehr Gesundheitsbewusstsein“

Ein Gespräch mit Kinderärztin Dr. Ghada Asfour

Dr. Gahda Asfour ist seit vielen Jahren niedergelassene Kinderärztin in Beit Jala. Nach ihrem Abitur in Talitha Kumi studierte sie Medizin in Großbritannien. Von 1981 bis 1986 begleitete sie ihren Mann nach Saudi Arabien und arbeitete dort als Ärztin. Seit ihrer Rückkehr hat sie ihre eigene Praxis. Wir sprachen mit ihr über das palästinensische Gesundheitssystem und die medizinische Versorgung von Kindern in der Westbank.

Interview und Übersetzung aus dem Englischen: **Silke Nora Kehl**

Dr. Asfour, wie funktioniert das palästinensische Gesundheitssystem, wie ist es strukturiert?
Die Gesundheitsversorgung hier basiert auf vier Säulen: Es gibt das Gesundheitsministerium der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und die gesetzliche Krankenversicherung für alle Menschen, die in öffentlichen Einrichtungen der Autonomiebehörde arbeiten. Ihre Familien sind mit versichert. Für Menschen ohne Krankenversicherung bieten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) medizinische Versorgung an – in Form kleiner Kliniken und ambulanter Praxen. Hier können sich Patienten zum Beispiel für 20 Shekel [Anm. der Redaktion: umgerechnet etwa fünf Euro] untersuchen lassen. Die NGOs haben dieses Programm zur Gesundheitsversorgung kurz nach der ersten Intifada aufgebaut. Denn in dieser Zeit hatten viele Menschen keine Arbeit. Dann gibt es die 1948 gegründete United Nations Relief and Work Agency for Palestine Refugees, abgekürzt UNRWA, die für die medizinische Versorgung palästinensischer Flüchtlinge und ihrer Familien in Camps aufkommt – nicht nur in der Westbank und in Gaza, sondern auch in Nachbarländern wie dem Libanon, Jordanien und Syrien. Und schließlich haben wir den privaten Sektor: Hier zahlen die Versicherten ihre Beiträge an die private Krankenkasse selbst. Die Situation ist insgesamt schwer zu überblicken und zu kontrollieren, weil unser Land in A-, B- und C-Zonen unterteilt ist.

Wo gibt es Ihres Erachtens Probleme?
Die Autonomiebehörde ist hoch verschuldet, obwohl unsere Regierung Geld von der EU und aus den USA bekommt. Es gibt Fälle, in denen schwer erkrankte Menschen, die keine Versicherung haben, sich bei der PA krankenversichern lassen: Für einen monatlichen Beitrag von 70 Shekel [entspricht etwa 17,50 Euro] pro Person. Den müssen die Betroffenen dann selbst zahlen, und auf Dauer ist das für die meisten eben zu teuer. Einige KrebspatientInnen beispielsweise lassen sich für nur sehr kurze Zeit bei der PA versichern, damit sie von einem der Krankenhäuser in der Westbank ans Augusta Victoria Hospital in Ostjerusalem überwiesen werden können. So sichern sie sich die Übernahme der Kosten durch die Autonomiebehörde – und wenn die Therapie beendet ist, treten sie wieder aus der Versicherung aus.

Wie sieht es im Bereich der medizinischen Versorgung von Kindern aus?
Eine Sache läuft sehr gut: Der Impfschutz palästinensischer Kinder ist mittlerweile exzellent. Unsere Regierung und die UNRWA haben dafür gesorgt, dass mittlerweile nahezu alle Kinder die von der WHO empfohlenen Schutzimpfungen erhalten, dazu gehören die Immunisierung gegen Polio (Kinderlähmung), Diphterie, Keuchhusten, Tuberkulose, Hepatitis B, Masern, Mumps und Röteln und sogar gegen den Rotavirus. Außerdem werden alle Kinder unter drei Jahren in den Krankenhäusern, die von der palästinensischen Gesundheitsbehörde getragen werden, gratis behandelt.

Woran erkranken Kinder hier häufig, welche Fälle begegnen Ihnen regelmäßig in Ihrer Praxis?
Im Winter treten vermehrt Infekte wie Grippe, Bronchitis oder Ohrenentzündung auf. Allerdings: In Palästina verbreiten sich bakterielle oder virale Erkrankungen grundsätzlich rasch, nicht nur in der kühleren Jahreszeit. Häufig aufgrund unzureichender Hygiene. Ich behandle viele Kinder mit Infektionen der Augen, der Ohren oder der Haut. Insbesondere bei Mädchen sind Blasen- und Harnröhrenentzündungen verbreitet, auch dies hat oft mit mangelnder Hygiene zu tun. Kindern wird hier nicht vermittelt, wie wichtig es ist, sich die Hände zu waschen. Vor dem Essen beispielsweise. Wir müssen den Familien das Bewusstsein für einen gesunden Lebensstil vermitteln. Da geht es zum einen darum, die Ansteckung mit Viren oder Bakterien zu vermeiden: Ein Kind mit grippalem Infekt sollte möglichst wenig Kontakte mit andern Kindern haben. Zum anderen geht es auch um Fragen der Lebensführung. Viele Familien konsumieren regelmäßig Süßigkeiten, und zum Essen werden stark gezuckerte Limonaden getrunken. In meiner Praxis haben wir jeden Monat ein bis zwei neue Fälle von Kindern, die an Diabetes erkranken! Das gab es früher nicht. Allerdings nimmt Diabetes unter Kindern nicht nur in Palästina zu, sondern das ist eine globale Entwicklung.

In Europa nehmen Allergien zu, ist das hier auch ein Thema?
Grundsätzlich nehmen Allergien auch in Palästina zu, die Zahl der Betroffenen ist aber nicht so hoch wie in Europa. Erkrankte Kinder überweise ich an einen Allergologen, Standardtherapie ist eine Hypersensibilisierung. 25 Prozent der Betroffenen sind übrigens gegen die Blüte der Olivenbäume allergisch. Aber gravierender für uns ist eine Erbkrankheit, die auch in mediterranen Ländern wie Zypern, Griechenland und Ägypten verbreitet ist: die Thalassämie, eine genetisch bedingte Blutarmut. Es gibt Menschen, die das Gen dieser Erkrankung ihr Leben lang in sich tragen, ohne dass die Krankheit ausbricht. Dies ist bei Kindern der Fall, die nur ein verändertes Gen vom Vater oder von der Mutter geerbt haben. Sie selbst sind dann Überträger. Wenn aber beide Eltern das krankhaft veränderte Gen an ihre Nachkommen weitergeben, bricht die Krankheit aus. Insbesondere östlich von Bethlehem leben viele Überträger der Thalassämie, etwas weniger stark verbreitet ist die Krankheit in Haifa, Nazareth und direkt in Bethlehem. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Erkrankung bei den Nachkommen auftritt, wenn beide Eltern den Gendefekt in sich tragen, liegt bei jeder Schwangerschaft bei 25 Prozent. Wenn Kinder erkranken, haben sie einen dauerhaft zu niedrigen Hämoglobinwert. Die Folge ist, dass der Körper nicht genügend mit Sauerstoff versorgt wird und Organe wie Herz und Lunge versuchen, dagegen anzukämpfen. Es ist eine ernste Erkrankung, und Symptome zeigen sich bereits ab dem fünften Lebensmonat. Kinder die an Thalassämie leiden, brauchen regelmäßige Bluttransfusionen. Deswegen gibt es seit 1996 einen verpflichtenden Gentest für Paare, die heiraten wollen.

Dr. Ghada Asfour in ihrer Praxis in Beit Jala

Wo können Bluttransfusionen durchgeführt werden?
Alle Krankenhäuser der palästinensischen Gesundheitsbehörde in der Westbank haben Blutbänke angelegt – darauf können neben den von der Regierung unterhaltenen Krankenhäusern auch Privatkliniken zugreifen.

Gibt es hier spezielle Krankenhäuser für Kinder?
Die meisten Krankenhäuser in der Westbank haben eine Kinderabteilung. Eine wichtige Einrichtung ist das Caritas Baby Hospital in Bethlehem. Das Krankenhaus ist sehr gut ausgestattet und nimmt Kinder vom Babyalter bis zu 13 Jahren auf. Es verfügt über 82 Betten und ist in der Westbank das einzige Krankenhaus ausschließlich für Kinder. Operative Eingriffe werden dort allerdings nicht vorgenommen, daher müssen Kinder für größere Operationen oft in die israelische Hadassah-Klinik überwiesen werden. Im Hadassah-Krankenhaus in West-Jerusalem arbeiten auch arabische Ärzte, viele junge Mediziner aus Palästina werden dort ausgebildet.

Kooperieren denn Ihrer Erfahrung nach israelische und palästinensische Mediziner miteinander? Arbeiten Sie mit israelischen Ärzten zusammen?
Ja. Sehen Sie, Medizin ist Medizin. Das ist eine andere Ebene als Politik. Wir arbeiten gut mit den israelischen Ärzten zusammen. Was die Hadassah-Klinik betrifft: Alle PatientInnen werden dort sehr gut behandelt, auf medizinischer und menschlicher Ebene – unabhängig davon, ob sie PalästinenserInnen oder Israelis sind. Das ist sehr wichtig.

Dr. Ghada Asfour ist Mitglied der kinderärztlichen Vereinigung in Palästina und Jordanien: Die ExpertInnen tauschen sich regelmäßig über den aktuellen wissenschaftlichen Stand aus und beraten sich bei schwierigen medizinischen Fällen. Außerdem gehört Dr. Asfour zum Schulverwaltungsrat von Talitha Kumi. Sie hat drei Kinder und eine Enkeltochter. Ihr Alter wollte sie uns nicht verraten.

Danke, Talitha Kumi!

Absolvent aus Beit Jala ist jahrgangsbester Zahnmediziner

Nicolas Nour (24) hat im Sommer sein Studium der Zahnmedizin abgeschlossen: als Jahrgangsbester an der Jerusalemer Al-Quds-Universität. Er schreibt für uns über sein Studium und die beruflichen Perspektiven für ZahnärztInnen in Palästina. Und er erklärt, was ihn motiviert und welche Dinge er gern verändern würde.

Nicolas Nour schloss im Juni sein Studium ab: als Jahrgangsbester von insgesamt 500 AbsolventInnen.

Von **Nicolas Nour**

Das Leben anderer Menschen zum Besseren verändern zu können, ist erfüllend – deswegen wollte ich Zahnarzt werden. Wenn es mir gelingt, jemandem zu einem gesünderen, schöneren Lächeln zu verhelfen, empfinde ich das als eine Form der Belohnung, die nicht messbar ist. Fachlich gesehen ist Zahnmedizin eine spannende Mischung aus Handwerk, Kunstfertigkeit und Wissenschaft. Außerdem sind mir drei weitere Dinge wichtig: Ein sicherer Job, finanzielle Unabhängigkeit und professionelles Ansehen.

Meine sechs Studienjahre an der Al-Quds-Universität in Jerusalem waren wirklich anspruchsvoll. Jede Studienphase hatte ihre eigenen Herausforderungen. In den ersten beiden Jahren mussten wir uns daran gewöhnen, dass die medizinischen Grundkurse nicht in arabischer, sondern in englischer Sprache und Schrift vermittelt wurden. Da immer mitzukommen, war harte Arbeit für uns.

Die handwerklichen Grundlagen der Zahnmedizin lernten und erprobten wir an Modellen. Im dritten Studienjahr stand dann der Schritt an, statt an den Modellen mit Patienten zu arbeiten. Für mich persönlich war das die schwierigste Hürde, die ich im Studium zu bewältigen hatte. Denn ich musste meine eigene Unsicherheit überwinden und gleichzeitig das Vertrauen der Patienten gewinnen.

Eine weitere große Herausforderung kam in den letzten zwei Studienjahren auf uns zu: die Behandlung von Kindern. Viele palästinensische Kinder und Teenager kooperieren leider gar nicht mit uns ZahnärztInnen – entweder aus Furcht vor dem Unbekannten oder aus mangelnder Bereitschaft, etwas für die eigene Gesundheit zu tun. Daher ist es ganz wichtig, das Verhalten der Jugendlichen positiv zu beeinflussen – Geduld und Toleranz sind hier die Schlüssel zum Erfolg.

Wir lernten in dieser Zeit auch, PatientInnen mit Zahnarzt-Phobie und Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder Erkrankungen zu behandeln: etwa mit Kieferklemme, bei der der Mund nur eingeschränkt geöffnet werden kann.

Die zahnmedizinische Fakultät der Al-Quds-Universität wurde im Jahr 2000 gegründet, um die wissenschaftliche Ausbildung von ZahnärztInnen in Palästina zu ermöglichen. Seitdem haben etwa 1000 junge Frauen und Männer ihr Studium mit einem Bachelor (BA) abgeschlossen. International wird unsere Fakultät hoch geschätzt: AbsolventInnen haben gute Chancen, zur Weiterqualifizierung an Universitätskliniken in Israel, den USA oder Europa angenommen zu werden. Der Anspruch der Al-Quds-Universität ist es, auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene Standards zu setzen. Neben dem BA-Abschluss bietet sie Forschungsprogramme an, die neueste wissenschaftliche Erkenntnisse der Zahnmedizin vermitteln.

Die aufgrund der Besatzung schwierige politische Situation konnte den Anspruch der Universität nicht erschüttern. Unsere DozentInnen waren jung und voller Energie. Sie haben das Curriculum stetig verbessert – mit dem Ziel, eine junge Generation hochqualifizierter palästinensischer MedizinerInnen auszubilden. Meine universitären LehrerInnen haben mich in entscheidender Weise begleitet und geprägt.

Was ich an meiner Fakultät am meisten schätze, ist, dass sie der präventiven Seite der Zahnmedizin viel Aufmerksamkeit widmet – denn diese wird in unserer Gesellschaft leider unterschätzt. Der oft gesagte Satz trifft zu: Vorbeugen ist besser als Behandeln (zu müssen). Und dies gilt sowohl für die finanzielle als auch die medizinische Ebene.

Daher beschäftigen sich alle StudentInnen im dritten Jahr an der Al-Quds in theoretischen und praktischen Lerneinheiten mit Präventions-Strategien: Das Gelernte haben wir bei zahlreichen Hospitationen an Schulen, Universitäten und in abgelegenen Dörfern in der Westbank umgesetzt. Dort

Verantwortung für Zahngesundheit wecken: Nicolas Nour kam als Student an seine alte Schule Talitha Kumi

SchülerInnen in Talitha hören zu.

So putzen wir richtig! Bei den Schulungen wurden auch Zahnbürsten an die Kinder verteilt.

haben wir nicht nur zahnärztliche Kontrolluntersuchungen durchgeführt, sondern Kinder, Jugendliche und Erwachsene auch darüber informiert, wie man sich richtig die Zähne putzt und wie wichtig es ist, sich gesund zu ernähren und regelmäßig zum Zahnarzt zu gehen. Denn nur so können Karies oder andere Erkrankungen in einem frühen Stadium entdeckt und entsprechend besser behandelt werden.

Meines Erachtens haben wir in unserer Gesellschaft ein gesundheitspolitisches Problem: Das Budget für zahnmedizinische Behandlungen ist in Palästina zu knapp angesetzt. Keine Versicherung trägt höhere Kosten als 400 Shekel (ca. 100 Euro) pro Jahr. Das ist tatsächlich so gut wie gar nichts, denn die Ausgaben im Bereich der Zahnmedizin sind grundsätzlich hoch, sodass diese Summe kaum das Nötigste abdeckt – in einigen Fällen nicht einmal dringende medizinische Eingriffe wie etwa das Entfernen von Weisheitszähnen.

Was das Problem noch verschärft, ist, dass viele Menschen in Palästina überhaupt nicht krankenversichert sind – vor allem ältere Menschen, die nicht mehr arbeiten. Sie werden ihre Zahngesundheit mit Sicherheit als zweitrangige Angelegenheit betrachten. Das sollten wir so schnell wie möglich ändern!

Denn Zahngesundheit trägt definitiv zum allgemeinen Gesundheitszustand eines Menschen bei. Karies und Erkrankungen des Zahnfleisches, die langfristig zum Verlust von Zähnen führen, gehören zu den am meisten verbreiteten Problemen hier. Dazu trägt bei, dass viele Menschen regelmäßig rauchen und sich nicht ausreichend um ihre Mundhygiene kümmern. Deswegen sind die oben beschriebenen präventiven Strategien wirklich wichtig.

Im September 2018 beginne ich nun mein Praxisjahr: Ich werde ab jetzt als zahnmedizinischer Assistent im Gesundheitsministerium in Bethlehem, und eventuell zusätzlich als zweiter Assistent in einer privaten zahnärztlichen Klinik arbeiten. Nach Abschluss dieses Jahres werde ich offiziell als voll qualifizierter Zahnarzt registriert und könnte meine eigene Praxis eröffnen.

Allerdings sind Arbeitsplätze in meinem Land rar, auch deshalb, weil pro Jahr etwa 300 junge Menschen ihr Studium der Zahnmedizin abschließen. Daher strebe ich an, mich zu spezialisieren – das scheint mir erfolgversprechender, als mich als allgemeiner Zahnarzt niederzulassen. Hier in Palästina ist es leider nicht möglich, sich weiter zu qualifizieren. Zwar bietet die Hadassah-Universität in West-Jerusalem ein sehr gutes Spezialisierungs-Programm für Zahnmediziner an, doch die Gebühren dort sind sehr hoch – und Stipendien für diese Weiterbildung gibt es nicht.

In Jordanien gibt es ebenfalls gute Studiengänge, die mich interessieren. Aber auch diese sind kostspielig. Für ein Stipendium an den jordanischen Unis sind palästinensische BewerberInnen nicht zugelassen. Daher plane ich, mich in Deutschland zu bewerben, weil es dort für palästinensische StudentInnen viele Möglichkeiten gibt. Ich möchte mich im Bereich Kieferchirurgie mit einem Fokus auf Implantologie spezialisieren. Und anschließend möchte ich in mein Land zurückkehren, um einen guten Job zu finden.

Da ich hier über meine persönliche und wissenschaftliche Entwicklung sowie zukünftige Pläne schreibe, möchte ich es nicht versäumen, meine ehemalige Schule Talitha Kumi zu erwähnen. Ich verdanke dieser von mir geliebten Schule so viel: Ich bin in Talitha groß geworden. Vom Kindergartenalter an war ich dort, bis ich als junger Erwachsener die Schule abschloss. Da der Erziehungsansatz von Talitha Kumi auf lebenslanges und ganzheitliches Lernen setzt, sind aus uns AbsolventInnen kreative, innovative und sehr aufgeschlossene StudentInnen geworden.

Außerdem konnte ich dank Talitha die deutsche Sprache lernen, nach Deutschland reisen und etwas über die deutsche Kultur und Gesellschaft lernen. Zusammenfassend würde ich sagen, dass die Ausbildung in Talitha Kumi mich sehr gut auf ein hochqualifiziertes Studium vorbereitet und entscheidend zu meiner persönlichen Entwicklung beigetragen hat.

Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wir PalästinenserInnen erleben und trotz des palästinensisch-israelischen Konflikts sehe ich die Möglichkeit einer hellen Zukunft vor uns. Wie Abraham Lincoln sagte: „Der beste Weg, Deine Zukunft vorherzusagen, ist, sie selbst zu erschaffen." Wenn wir gemeinsam, Hand in Hand, nach menschlichen Werten und ethischen Grundsätzen handeln – und nicht nach verhärteten Glaubenssätzen und Politik –, dann können wir einen neuen, anderen Weg beschreiten: Israelis und PalästinenserInnen, Juden, Muslime und ChristInnen. Es ist das Wohl der Menschheit, um das es am Ende geht!

Übersetzung aus dem Englischen:
Silke Nora Kehl

Nicolas Nour möchte an dieser Stelle auch ausdrücklich der Dr. Dr. Gerda von Mach Gedächtnisstiftung danken, die sein Erststudium mit einem Stipendium unterstützte. Über das 25-jährige Bestehen der Stiftung berichten wir auf Seite 31-34. Weitere Informationen zum Studium der Zahnmedizin an der Al-Quds-Universität: www.alquds.edu/en/faculty-of-dentistry.

Ist Schwangerschaftsabbruch erlaubt?

Medizinethik im orthodoxen Judentum

Dr. Melanie Mordhorst-Mayer ist Pfarrerin an der Erlöserkirche in Jerusalem und leitet das Programm „Studium in Israel". Für ihre 2013 veröffentlichte Dissertation forschte sie intensiv zu medizinethischen Positionen im orthodoxen Judentum. Als Visiting Research Fellow an der Hebräischen Universität sowie am Schlesinger Institut in Jerusalem eröffneten sich ihr tiefe und ungewöhnliche Einblicke: Orthodoxe Rabbiner waren bereit, mit ihr – einer Frau und Christin – Fachgespräche zu führen. Für unsere Zeitschrift fasst sie den Ansatz ihrer Doktorarbeit zusammen.

Von **Melanie Mordhorst-Mayer**

Die Erhaltung des Lebens und der Schutz der Ungeborenen sind zentrale ethische Themen in jeder Religion. Was ist zu tun, wenn in einer Schwangerschaft Konflikte auftreten? Ist eine Abtreibung erlaubt? Falls ja: zu welchem Zeitpunkt? Nach welchen Kriterien ist zu entscheiden? Wie werden die heiligen Schriften in die Entscheidungsfindung einbezogen? Und weshalb gibt es auch innerhalb einer Religionsgemeinschaft zum Teil ganz unterschiedliche Ansätze? In meiner Dissertation habe ich mich mit der Frage beschäftigt, wie im orthodoxen Judentum medizinethische Entscheidungen im Schwangerschaftskonflikt getroffen werden. Untersucht habe ich, welche Faktoren in die Entscheidungen einfließen und – je nach Gewichtung – den Ausschlag geben.

Die zwei im Bereich der Medizinethik bekanntesten zeitgenössischen Rabbiner einer Strömung des orthodoxen Judentums aschkenasischer Prägung – nämlich der Mitnaggedim oder Litaim – sind Eliezer Waldenberg (Israel, 1915-2006) und Moshe Feinstein (USA, 1895-1986): Sie haben besonders in der Frage des Schwangerschaftskonflikts heftig miteinander gestritten und gegensätzliche Antworten vorgelegt. Obwohl sich beide Rabbiner auf dieselben religionsgesetzlichen (halachischen) Quellen beziehen, setzt sich Feinstein für einen strikten Lebensschutz ab der Befruchtung ein, während Waldenberg im Einzelfall eine Abtreibung bis zum siebten Monat erlaubt: etwa bei einer erkennbar schweren Behinderung des Kindes, die zu einem frühen, qualvollen Tod und unerträglichem Leid für die Eltern führen wird.

Im Falle eines Schwangerschaftskonflikts wird ein religiöses jüdisches Paar zusätzlich zur Beratung mit MedizinerInnen den Gemeinderabbiner um Rat fragen. Dieser wiederum wendet sich an einen für medizinethische Fragen spezialisierten Rabbiner, einen „Posek". In Israel arbeiten die Poskim (Plural von Posek) am „Schlesinger Institute for Medical-Halachic Research", zu dem Waldenberg gehörte. In den USA war Feinstein der wichtigste Experte. Der Posek trifft dann, unter Einbeziehung aller notwendigen Informationen, eine Einzelfallentscheidung und teilt diese dem Gemeinderabbiner mit, der sie in allgemein verständlichen Worten dem Paar übermittelt. Auch publizieren die Poskim seit über 1.400 Jahren ihre Antworten schriftlich in Form von Responsen, die aber für Laien nicht verständlich sind. Dies hat mehrere Gründe:

- Die Responsen sind – einer alten Tradition folgend – in talmudischem Hebräisch und Aramäisch abgefasst, obendrein mit speziellen Fachbegriffen und ohne eindeutige grammatische Regeln. Auch jiddische, englische und moderne hebräische Ausdrücke kommen vor. Alles wird einheitlich in hebräischer Schrift geschrieben.
- Abkürzungen sind oft mehrdeutig und müssen aus dem Kontext erschlossen werden.
- Satzzeichen werden selten verwendet, was das Verständnis des Textes erheblich erschwert.
- Zitate, etwa aus dem Tanach (der jüdischen Bibel) oder anderen Responsen, werden nicht durch Anführungszeichen o. ä. kenntlich gemacht.
- Oft wird nicht wörtlich, sondern verkürzt oder gar in eigenen Worten „zitiert".
- Quellenangaben fehlen meistens. Wird ein Rabbiner zitiert, wird sehr häufig sein nur in Fachkreisen bekannter Kurzname angegeben.
- Auf Sprichwörter wird oft in nur wenigen Worten angespielt, für die Auslegung sind die fehlenden Teile zu ergänzen.

Abgesehen von wenigen aus dem Kontext gerissenen Textabschnitten existierten keinerlei Übersetzungen der zu untersuchenden Responsen. Deshalb habe ich die neun wichtigsten Responsen von Eliezer Waldenberg und Moshe Feinstein zum Schwangerschaftskonflikt sowie die ihnen zugrunde liegenden 17 wichtigsten halachischen Primärquellen (zum Beispiel aus dem babylonischen Talmud) in anderthalbjähriger Kleinarbeit erstmalig vollständig ins Deutsche übersetzt und ausführlich kommentiert.

Mitnaggedim/Litaim

Da es im Judentum ganz verschiedene Strömungen gibt, ist es wichtig, hier genau zu unterscheiden. Aschkenasische Juden (Ashkenasim) werden diejenigen genannt, die aus Nord- und Osteuropa (vor allem aus Deutschland, Polen, Litauen) stammen. Mitnaggedim bzw. Litaim bezeichnet eine Strömung der Ashkenasim, die sich im 18. Jahrhundert von der Strömung der Chassidim getrennt hat.

Dass die Übersetzungen trotz der oben beschriebenen Schwierigkeiten möglich wurden, verdanke ich detailliertem Austausch mit jüdischen Gesprächspartnern, vor allem mit orthodoxen Rabbinern und Poskim. Die Gespräche fanden überwiegend in neuhebräischer Sprache statt. Es ist für mich immer noch erstaunlich, dass orthodoxe Rabbiner und Poskim bereit waren, mit mir - einer Frau und Christin - in Fachgespräche einzutreten, die sonst nur in diesem Fachgebiet spezialisierte Männer jüdisch-orthodoxen Glaubens führen.

Nach Vorliegen der kommentierten Übersetzungen wurden die Responsen in drei Schritten analysiert. Zunächst habe ich die halachischen Grundentscheidungen Waldenbergs bzw. Fein-

steins beleuchtet und gezeigt, von welchen halachischen Maximen sie jeweils ausgehen. Im zweiten Schritt wurden die sogenannten materialethischen Konkretionen untersucht. Das sind a) die Gründe für das Verbot bzw. die Erlaubnis des Schwangerschaftsabbruchs, b) die Zeiträume für eine mögliche Erlaubnis und c) besondere Zusatzregelungen der Rabbiner.

Im dritten Schritt wurden mit den wissenschaftlichen Standards europäischer Geisteswissenschaften die hermeneutischen Hintergrundannahmen untersucht. Diese sind, so mein Analyseergebnis, für die Entscheidungsfindung der Poskim zentral wichtig, aber die Rabbiner schenken ihnen keine besondere Beachtung. Zu den Hintergrundannahmen gehören folgende Aspekte:

- Die Auswahl und Interpretation der halachischen Quellen.
- Die Verwendung textkritischer Methoden sowie der Umgang mit anderslautenden Meinungen.
- Die Frage, ob und wie weit medizinische Erkenntnisse in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.
- Die Berücksichtigung juristischer Rahmenbedingungen des Staates.
- Die moralische Beurteilung des Schwangerschaftsabbruchs.
- Das persönliche Gottesbild und das Selbstverständnis als Posek.
- Rhetorische Besonderheiten.

Die Frage, wie die beiden Poskim Feinstein und Waldenberg jeweils zu ihren konträren Meinungen kommen, lässt sich nun auf unterschiedliche Art beantworten.

Gemäß dem traditionellen Ansatz im orthodoxen Judentum stellen bereits die halachischen Grundentscheidungen die Weichen für die darauf folgenden Entscheidungen des Posek. Wenn zum Beispiel Feinstein der Auffassung ist, dass Schwangerschaftsabbruch unter die Kategorie „Mordverbot" fällt, also ein Verbot aus der Tora („de-oraita") ist, das nicht übertreten werden darf, dann ist die Abtreibung strengstens verboten und keine Ausnahme möglich – außer zur direkten Lebensrettung der Frau.

Wenn hingegen Waldenberg davon ausgeht, dass der Schwangerschaftsabbruch nur von den Rabbinen („de-rabbanan") verboten ist, bleibt ihm für seine Entscheidung ein größerer Spielraum, in Ausnahmefällen sogar einen Abbruch bis zum siebten Monat zu erlauben. Für beide Rabbiner gilt: Gemäß der orthodoxen Interpretation sind die materialethischen Konkretionen direkt und ausschließlich von den halachischen Grundentscheidungen abhängig, wohingegen hermeneutische Hintergrundannahmen bei der Entscheidungsfindung keine Rolle spielen.

In einem erweiterten analytischen Ansatz habe ich zusätzlich die hermeneutischen Hintergrundannahmen einbezogen, die die Entscheidungen der Poskim beeinflusst haben. Dieser

Orthodoxes Ehepaar in Jerusalem

Einfluss lässt sich punktuell in den Responsen nachweisen und wird auch anhand der beiden Lebensläufe plausibel. Feinstein ist als Direktor und Lehrer einer Talmud-Hochschule (Yeshiva) mit den Feinheiten halachischer Texte gut vertraut.

In der medizinethischen Frage der Abtreibung interpretiert er jedoch viele halachische Quellen anders als es ihrem offenkundigen Wortlaut entspricht, was sonst in der jüdischen Gelehrtenwelt nicht üblich ist. Selbst wenn dort explizit steht, dass der Schwangerschaftsabbruch „erlaubt" ist, argumentiert er, es müsse eigentlich „verboten" heißen. Damit verfolgt Feinstein einen bestimmten Zweck, er setzt sich für ein striktes Abtreibungsverbot ein. Es sei sein Ziel, „einen Zaun um die Tora" zu ziehen, das bedeute, die Abtreibung sei als Mord strengstens zu verbieten.

Halacha

Das religionsgesetzliche Rechtssystem im Judentum beruht auf den Grundlagen der Thora, die als Niederschlag der göttlichen Offenbarung gilt. Unter der schriftlichen Thora versteht man die fünf Bücher Mose (Pentateuch), daneben gab es eine mündliche Überlieferung, die zwischen dem 2. und 5. Jahrhundert n.d.Z. im Talmud („der Lehre") zusammengefasst wurde. Der Talmud enthält Verhandlungen und Diskussionen der jüdischen Gelehrtenakademien in Palästina und Babylon und unterscheidet zwischen der Halacha, dem gesetzlichen Teil, und der Aggada, dem nichtgesetzlichen Teil. Die Halacha (abgeleitet vom Verbum „la-lechet" = laufen), „die zu gehende Wegrichtung" entspricht dem Gesamtcorpus des religiösen Gesetzes und repräsentiert (laut traditionellem Verständnis) die „endgültige" Entscheidung der Rabbiner zu sämtlichen religionsgesetzlichen Vorschriften, Anweisungen und Normen. Vereinfacht ausgedrückt beantwortet sie die Fragen „Wie soll ein Jude leben?" bzw. „Was erwartet Gott vom Menschen?". Zitiert nach: Theodor Much auf hagalil.com.

Waldenberg hingegen hatte als ehrenamtlicher Rabbiner im Shaare Zedek-Krankenhaus in Jerusalem engen Kontakt mit Patientinnen, Ärztinnen und Ärzten. Er vertraut den medizinischen Diagnosen und bezieht die Wünsche der Patientinnen in seine halachischen Überlegungen ein. In fast allen Responsen zum Schwangerschaftskonflikt geht Waldenberg von der halachischen Grundannahme aus, dass eine Tötung „derabbanan", von den Rabbinen, verboten sei. Dies ermöglicht es ihm, bei den materialethischen Konsequenzen eine liberale Haltung zu entwickeln und in vielen Fällen Schwangerschaftsabbrüche zu erlauben.

In einem besonderen Fall allerdings beschreitet Waldenberg den umgekehrten Weg. Er beschreibt darin das Schicksal einer krebskranken Schwangeren, die ihr Kind unbedingt bekommen möchte, obwohl die Ärzte meinen, dass ihre Lebenszeit durch die Fortsetzung der Schwangerschaft verkürzt werde. Waldenberg reflektiert seine Rolle als Posek und gibt zu, dass er gemäß seiner bisherigen Entscheidungspraxis zu einem Schwangerschaftsabbruch raten müsste, um das Leben der Schwangeren zu retten.

In diesem besonderen Fall stützt sich Waldenberg jedoch auf eine Auslegungstradition, die er normalerweise zurückweist, und findet damit einen Weg, „auf das Flehen der Frau zu hören und auf das Erbarmen des Himmels [zu] vertrauen, und ihr [zu] gewähren, die Schwangerschaft zu vollenden". Waldenberg hat in diesem Fall die Wünsche der Frau höher gewichtet als die halachische Grundannahme. Damit zeigt sich hier, dass der Weg der Entscheidungsfindung auch von der konkreten Entscheidung kommend hin zu einer passenden halachischen Bestimmung verlaufen kann.

Es gibt übrigens auch Fälle, in denen sich ein Paar direkt an die Poskim (zum Beispiel im Schlesinger Institut) wendet. Diese antworten dann meist allgemeinverständlich, nicht in der Responsen-Fachsprache.

Mir ging es in meiner Dissertation darum, differenzierte Schlussfolgerungen zu ziehen, wie die Poskim im Einzelfall – also unter Einbeziehung welcher Faktoren und deren Gewichtungen, ihre medizinethischen Entscheidungen treffen. Die in der Doktorarbeit vorgestellte Methode der retrospektiven Analyse von ethischen Positionen könnte zukünftigen Autorinnen und Autoren prospektiv beim Verfassen eigener ethischer Konzeptionen dienen: Wenn neben den oben genannten halachischen/religiösen Grundannahmen sowie den direkt daraus folgenden konkreten ethischen Bestimmungen auch die hermeneutischen Hintergrundentscheidungen reflektiert und offengelegt werden, so kann dies zu einer aufgeklärteren Entscheidungsfindung beitragen – und somit auch zu größerer Plausibilität und Vermittelbarkeit des Ansatzes.

Die Zitate der Poskim sind der Dissertationsschrift der Autorin entnommen: „Medizinethische Entscheidungsfindung im orthodoxen Judentum. Übersetzung und Analyse von Responsen zum Schwangerschaftskonflikt (Studien zu Kirche und Israel. Neue Folge, Band 6), Leipzig 2013". Weitere Informationen zum Schlesinger Institut: http://www.medethics.org.il/website/index.php/en/.

Dr. Melanie Mordhorst-Mayer, Jahrgang 1977, studierte Evangelische Theologie in Marburg und Heidelberg sowie im Rahmen des Programms „Studium in Israel" Neuhebräisch, jüdische Schriftauslegung und Textkritik an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Nach dem Vikariat in Ostfriesland arbeitete sie in der Evangelischen Landeskirche Hannovers im Arbeitsfeld Kirche und Judentum sowie als Pastorin in Hannover Linden-Nord. Seit 2016 ist sie Pfarrerin an der Erlöserkirche in Jerusalem und Studienleiterin des Programms „Studium in Israel". Kontakt: studienleitung@studium-in-israel.de

Vertrauensleute des Jerusalemsvereins

Auskünfte über unsere Arbeit bekommen Sie in den Landeskirchen

BERLINER MISSIONSWERK
www.berliner-missionswerk.de

Jerusalemsverein im Berliner Missionswerk
www.jerusalemsverein.de

Anhalt
Pfr. Hans-Justus Strümpfel
Parkstr. 8
06846 Dessau-Rosslau
Fon: 0340 - 221 29 40
struempfel.dessau@googlemail.com

Baden
Pfr. W. E. Miethke, StR
miethke.wolf@t-online.de

Bayern
Pfr. Hans-Jürgen Krödel
Langonerstr. 8
82377 Penzberg
Fon: 08856 - 804 89 90
hans-juergen.kroedel@gmx.net

Pfr. Ernst Schwemmer
Ölbergstr. 5
93449 Waldmünchen
ernstschwemmer@web.de

Dekan Martin Steinbach
Schützenweg 10
83646 Bad Tölz
Fon: 08041 / 76 12 73 – 31
Mail: martin.steinbach@elkb.de

Berlin Branderburg
Dr. Harald Iber, GesD i.K. aD
Hampsteadstr. 23c
14167 Berlin
Fon: 030 - 8736334
Mail: har.iber@gmx.de

Braunschweig:
Propst i. R. Matthias Blümel
Seekannenring 7A
38446 Wolfsburg
Fon.: 05363 99 89 287
Fax: 05363 99 81 604
matthias.bluemel@kabelmail.de

Hessen-Nassau
Pfr. Matthias Kraft
Breslauer Str. 8a
65307 Bad Schwalbach
Fon: 06124 727 53 57
matthias.m.kraft@web.de

Pfr. Thomas Sinning
Tucholskystraße 92
60598 Frankfurt
Fon: 069 68 58 25
sinningfrankfurt@aol.com

Hannover
Mag. theol. Gerd Brockhaus, P. i. R.
Große Pranke 13
30419 Hannover
Fon: 0511 – 64 22 14 20
Mobil: 0175 – 5232126
brockhaus@marienwerder.de

Pfr. Dr. Frank Foerster
Kurt-Schumacher-Allee 25
30851 Langenhagen
Fon: 0511 - 679 14 304
Mail: frank.foerster@evlka.de

Pastor Michael Wabbel
Kirchenstraße 4
21244 Buchholz
Fon: 04181 – 216 88 22
MuSWabbel@t-online.de

Mitteldeutschland
Stephen Gerhard Stehli
Hegelstr. 36,II
39104 Magdeburg
Fon: 0391 – 567 76 50 (d)
Fon: 01520 – 159 31 68 (p)
sg.stehli@web.de

Nordkirche
Pastor Andreas Schulz-Schönfeld
Olandstraße 17
25821 Bredstedt
Fon: 04671 – 91 12 29 (d)
schuschoe@gmx.de

Oldenburg
Pfr. Tom Oliver Brok
Geestweg 9 a
26316 Varel
Fon: 04451 – 45 85
pastor@brok.de

Pfalz/Saar:
Pfr. Jörg Schreiner
Im Winkel 14
67273 Weisenheim am Berg
Fon: 06353 – 12 57
schreiner.weisenheim@gmx.de

Dr. Wolfgang Wittrock
Am Harzhübel 120
67663 Kaiserslautern
Fon: 0631 – 132 48
ute.wolfgang.wittrock@t-online.de

Rheinland:
Pfn. Dr. Beate Sträter
Ev. Schulreferat Bonn/
Haus der Ev. Kirche
Adenauerallee 37
53113 Bonn
Fon: 0228 – 68 80 185 (d.)
b.straeter@schulreferatbonn.de

Pfarrer Jan Christofzik
Henningsweg 14
47509 Rheurdt
Tel 02845 / 949865
jan.christofzik@ekir.de

Sachsen
Pfr. Frank Meinel
St. Wolfgangskirche
Martin-Planer-Weg 4
08289 Schneeberg
Fon: 03772-38 15 01
pfarrer-fmeinel@t-online.de

Pfarrer Dr. Jörg Schneider
Leutewitzer Ring 70
01169 Dresden
jg-schneider@t-online.de

Westfalen:
Pfr. Eberhard Helling
Lessingstrasse 7
32312 Lübbecke
Fon: 05741 - 52 55
eberhard.helling@gmx.de

Pfn. Annegret Mayr
Giersbergstraße 30
57072 Siegen
Fon: 0271 – 511 21
as.mayr@kk-si.de

Württemberg:
Bernard Cantré, OStR i. R.
Jagststraße 14
74592 Kirchberg/Jagst
Fon: 07954 – 85 08
bernard.cantre@t-online.de

Susanne Blatt
Evangelische Kirchengemeinde
Leutenbach
Rotenbühlstr.28
71397 Leutenbach
Telefon: 07195-910296

Österreich:
Landessuperintendent
Pfr. Thomas Hennefeld
Schweglerstr. 39
A-1150 Wien
Fon: 0043 – 699 18 87 70 56
t.hennefeld@evang.at

Impressum
Im Lande der Bibel ist eine Zeitschrift zur Information über evangelische Arbeit im Nahen Osten für die Mitglieder des Jerusalemsvereins und Freunde und Förderer der Arbeit und erscheint dreimal jährlich.
Vorsitzender des Jerusalemsvereins: Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit

Herausgeber:
Berliner Missionswerk der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz im Zusammenwirken mit dem Jerusalemsverein
Georgenkirchstr. 69/70, D - 10249 Berlin
www.berliner-missionswerk.de
www.jerusalemsverein.de

Mitglieder des Redaktionsausschusses:
Dr. Hans-Jürgen Abromeit, Matthias Blümel, Dr. Roland Löffler, Jens Nieper
Redaktion: Silke Nora Kehl, Jutta Klimmt, Jens Nieper, V.i.S.d.P.: Direktor Roland Herpich
Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Korrekturen: Christiane Carmesin

Bildnachweis:
Ben Gray/LWF: Titelbild, 3; public domain/Wikipedia: 4; Silke Nora Kehl: 6, 8, 10, 11, 13; Pauliina Parhiala/LWF: 12; Theresa Krinninger: 14; Autorinnenfotos/privat: 15, 16; Nicolas Nour/privat: 20, 21, 22; Ruby1619/Wikimedia commons: 27; Jessen Mordhorst: 29; Helmut Hansmann: 32, 33, 34; Ben Gray/ELCJHL: 37; Adrainne Gray/ ELCJHL: 45; alle anderen Bilder: im Auftrag des Berliner Missionswerkes.

Layout: Jana Müller-Heuser

ISSN-Nr. 0019-2597

Unsere Bankverbindung
Konto des Jerusalemsvereins im Berliner Missionswerk
Evangelische Bank
IBAN: DE66 5206 0410 0003 9097 60
BIC: GENODEF1EK1

Geschäftsstelle des Jerusalemsvereins im Berliner Missionswerk
Georgenkirchstr. 69/70
D- 10249 Berlin
Fon: 030 - 243 44 -195/-192
Fax: 030 - 243 44 124
nahost-jv@berliner-missionswerk.de
www.jerusalemsverein.de

Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/10389-1803-1003

Das gefällt uns! Vor dem Neuen Palais in Potsdam

Für eine bessere Zukunft in Nahost

25 Jahre Gerda von Mach Gedächtnisstiftung

30 junge ChristInnen aus Ägypten, Palästina und Syrien feierten im Frühsommer gemeinsam mit Kuratoriumsmitgliedern das 25-jährige Bestehen der Dr. Dr. Gerda von Mach Gedächtnisstiftung in Berlin. Ehrengäste waren der evangelisch-lutherische Bischof Ibrahim Azar und seine Frau aus dem Heiligen Land. Der Jerusalemsverein war durch Helmut Hansmann, Dr. Roland Löffler und Jens Nieper vertreten.

Von **Helmut Hansmann**

Ein Stipendium für StudienanfängerInnen aus Ägypten, Israel, Jordanien, dem Libanon, Palästina oder Syrien: Seit 1993 ermöglicht die in Berlin gegründete Dr. Dr. Gerda von Mach Gedächtnisstiftung arabischen ChristInnen ein Studium in Deutschland oder in Nahost. Die Stipendien gehen in erster Linie an begabte junge Menschen, die gerade die Schule abgeschlossen haben und deren Familien nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um für das Studium aufzukommen. Gemäß dem Grundgedanken der Stifterin Gerda von Mach sollten die jungen AbsolventInnen gut ausgebildet in ihre Heimatländer zurückkehren und das gesellschaftliche Leben dort konstruktiv mitgestalten.

Frau Dr. Dr. Gerda von Mach, zu deren Gedächtnis die Stiftung gegründet wurde, lebte von 1908 bis 1991. Sie war nicht verheiratet und hatte keine Kinder. Als Tochter eines Tierarztes und einer vermögenden Mutter studierte sie Medizin und Zahnmedizin und promovierte in beiden Fächern. Ihr vielseitiges Interesse führte sie auch zum Studium der griechischen und englischen Sprache, außerdem beschäftigte sie sich intensiv mit der christlichen Religion. Gerda von Mach lebte einige Jahre in Kairo und war dort als Ärztin tätig. In dieser Zeit lernte sie die arabische Welt und Kultur kennen und lieben. Von der Koptologie und Ägyptologie, aber auch der Archäologie war sie sehr angetan.

Nach ihrer Rückkehr aus Kairo lebte sie in Berlin und war der Arbeit des Jerusalemsvereins seit den 1970er Jahren sehr verbunden. So förderte sie viele Jahre lang zwei Patenkinder im Rahmen des Patenschaftsprogramms für die evangelisch-lutherischen Schulen im Heiligen Land. Außerdem pflegte sie enge Kontakte zur Geschäftsstelle des Vereins und schlug vor, eine Stiftung zu gründen, die nach ihrem Ableben jungen Menschen in und aus Nahost akademische Bildung ermöglichen sollte. Der Jerusalemsverein wirkte an der Gründung der Stiftung maßgeblich mit, allerdings wurde und wird das fünfköpfige Stiftungskuratorium nach ausdrücklichem Willen Gerda von Machs mit drei Mitgliedern besetzt, die unabhängig vom Jerusalemsverein sind.

Die anderen beiden Kuratoriumsmitglieder stellt der Jerusalemsverein, derzeit gehören Helmut Hansmann und Roland Löffler aus dem Vereinsvorstand dem Kuratorium der Stiftung an. Beide nahmen an der Feier zum 25-jährigen Bestehen der Stiftung teil, die am Himmelfahrtstag in der Jugendherberge am Wannsee begann. Dort waren die 30 StipendiatInnen untergebracht, die aus unterschiedlichen Studienorten in ganz Deutschland nach Berlin anreisten. Einen weiteren Weg hatte die palästinensische Stipendiatin Lamar Elias. Sie kam extra aus Frankreich, da sie ihr Musikstudium in Toulouse absolviert und als Geigerin zur musikalischen Gestaltung des dreitägigen Jubiläumstreffens beitrug. Als Ehrengäste nahmen Ibrahim Azar, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land und seine Frau Nahla an dem Treffen teil.

Gemeinsam am Grab der Stifterin

Eine Rose in Gedenken an Gerda von Mach: Der Jerusalemer Bischof Ibrahim Azar und Stipendiatinnen

Eindrücklich war der gemeinsame Besuch des Grabes der Stifterin Gerda von Mach auf dem Dreifaltigkeitsfriedhof in Berlin Schönefeld. In einer kurzen Andacht stellte Dr. Schuppan, der dem Kuratorium von 1993 bis 2017 angehörte, einen Bezug zwischen dem biblischen Andachtstext und dem Wirken der Stifterin her. Danach legte jede Stipendiatin und jeder Stipendiat eine Rose auf ihr Grab. Anschließend gestaltete der palästinensische Student Nader Mussallam, Stipendiat in Potsdam, einen Besuch durch die brandenburgische Hauptstadt: Unter seiner Führung besuchte die Gruppe die Nikolaikirche, das neue Palais und das Schloss Sanssoucis.

Am Abend fand das Festessen in einem Restaurant am Wannsee statt, zu dem neben den aktuellen auch ehemalige Kuratoriumsmitglieder eingeladen waren. Nach der Begrüßung durch die Geschäftsführerin der Stiftung, Frau Böttcher, ergriff der Vorsitzende des Kuratoriums, Dr. Roitzsch, das Wort und erinnerte an die zahlreichen Förderungen seit der Gründung vor 25 Jahren. Es gäbe so viele Beispiele für die positive Wirkung des von-Mach-Stipendiums auf das Studium und das weitere Leben der StipendiatInnen, die oftmals einen erfolgreichen Lebensweg eingeschlagen hätten.

Dieser Eindruck spiegelte sich in der überaus positiven Stimmung der StipendiatInnen während der Jubiläumsfeier wider. Obgleich die Situation in ihren Heimatländern schwierig ist, gingen von den jungen Menschen Zuversicht und Hoffnung aus. Dies nahmen wir als ermutigenden Impuls für die Stiftungsarbeit mit: Auch in Zukunft möchten wir jungen arabischen ChristInnen den Zugang zu akademischer Bildung ermöglichen und damit ihre Chancen auf eine selbstbestimmtere Zukunft erhöhen.

Seit Gründung der Stiftung wurden mehr als 300 Stipendien für junge ChristInnen vergeben: sowohl für Studien in ihren Heimatländern als auch in Deutschland und europaweit.

Neu im Heiligen Land

Freiwillige gesucht!
Jetzt bewerben bis zum 24.10.!

Wir sind mehr geworden! Im August entsendete das Berliner Missionswerk zehn neue VolontärInnen nach Palästina: Der Jahrgang 2018/19 ist so stark, weil erstmals auch die vier Freiwilligenstellen von „Evangelisch in Jerusalem“ vom Ökumenischen Freiwilligenprogramm besetzt werden: Tabea und Emma arbeiten in der Propstei an der Erlöserkirche mitten in der Altstadt, Sophia und Annchristin werden am Pilger- und Besucherzentrum auf dem Ölberg eingesetzt. In Talitha Kumi haben die neuen VolontärInnen die WG bezogen: Tilman und Miriam sind für das Musikprogramm „Brass for Peace“ tätig, und Ronja, Vera und Philipp arbeiten im Schulzentrum mit. Und in Beit Sahour unterstützt ab jetzt Samira die Evangelisch-Lutherische Schule. Ab Sommer 2019 soll auch das „Deutsche Evangelische Institut für die Altertumswissenschaft des Heiligen Landes“ durch zwei Freiwillige des Missionswerkes verstärkt werden.

Für den Freiwilligenjahrgang 2019/2020 können sich Interessierte noch bis zum 24. Oktober 2018 beim Berliner Missionswerk bewerben: Auf die zwölf Stellen in Nahost und viele andere Stellen weltweit! Infos finden Sie im Internet: www.berliner-missionswerk.de/freiwilligenprogramm.html

Neu im Berliner Missionswerk

Florian Brell, Patenschaftsbeauftragter

Mitte April übernahm ich die verantwortungsvolle Aufgabe, das Patenschaftsprogramm des Jerusalemsvereins und des Berliner Missionswerkes für die vier evangelisch-lutherischen Schulen in Palästina zu betreuen.

Bereits Ende Mai hatte ich die Gelegenheit, mich mit der Situation vor Ort vertraut zu machen. Anlass der Reise war die Verabschiedung von Rolf Lindemann, dem nun ehemaligen Direktor von Talitha Kumi. So bekam ich gleich die Chance, die vier Schulen in Beit Jala, Beit Sahour, Bethlehem und Ramallah kennen zu lernen und mich mit den Verantwortlichen vor Ort auszutauschen. Ich bin immer noch sehr beeindruckt von all diesen Begegnungen und freue mich, mit so interessanten und starken Menschen arbeiten zu dürfen.

Zuvor betreute ich PatInnen und SpenderInnen bei der NABU-Stiftung Nationales Naturerbe. Nun freue ich mich, die Hilfe für Menschen – gerade für Kinder in einer so schwierigen Region – in den Fokus nehmen zu können. Besonders schön ist, dass ich bereits mit einigen „Pateneltern“ sehr inspirierende Gespräche führen konnte! Ich hoffe, in Zukunft weitere Menschen von der Bedeutung unseres Patenschaftsprogramms zu überzeugen.

Ich freue mich, wenn Sie mich kontaktieren.
Sie erreichen mich telefonisch 030 243 44 192
oder per E-Mail: Patenschaft@bmw.ekbo.de

Aufruf an die BürgerInnen Israels

Bischof Sani Ibrahim Azar zum Nationalstaatsgesetz

Am 19.Juli 2018 verabschiedete die Knesset ein neues israelisches Grundgesetz: das Nationalstaatsgesetz. Es wurde mit einer Mehrheit von 62 zu 55 Stimmen angenommen. Da der Staat Israel keine Verfassung besitzt, haben die Grundgesetze quasi konstitutionellen Rang. Das Gesetz ist höchst umstritten – sowohl innerhalb Israels als auch international. Aufgrund massiver Kritik wurde der ursprüngliche Gesetzentwurf, der vorsah, dass bei der künftigen Gründung von Kommunen AraberInnen wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit das Wohnrecht vorenthalten werden könne, modifiziert. Im tatsächlich verabschiedeten Gesetz lautete der Paragraph nun so: „Der Staat sieht die Entwicklung jüdischer Siedlungen als nationalen Wert an und wird deren Entstehung fördern und unterstützen." Die GegnerInnen des Gesetzes betrachten es in seiner Stoßrichtung als diskriminierend, undemokratisch und im Widerspruch zu Israels Unabhängigkeitserklärung stehend. Die Befürworter sehen es als wichtigen Schritt an, um den jüdischen Charakter Israels zu schützen und zu festigen. Am 1. August reagierte Sani Ibrahim Azar, Bischof unserer Partnerkirche (ELCJHL), auf die Verabschiedung des Nationalstaatgesetzes: mit einem öffentlichen Aufruf an die Knesset und die israelischen BürgerInnen.

Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und im Heiligen Land

Statement von **Bischof Ibrahim Azar**

Am 19. Juli verabschiedete die Knesset ein Grundgesetz, welches Israel als die „nationale Heimat des jüdischen Volkes" verankert und das „Recht, seine nationale Selbstbestimmung im Staat Israel auszuüben, einzig dem jüdischen Volk" zugesteht. Dieser Beschluss weckt in mir als Bischof im Heiligen Land große Bedenken. Denn dieses neue Gesetzt schließt vorsätzlich die 1,5 Millionen BürgerInnen Israels aus, die als arabische Israelis gelten und die sich als ebensolche verstehen. Es missachtet ebenso die Gegenwart von BürgerInnen und EinwohnerInnen, die Glieder anderer religiöser Gruppen sind, sowie deren erhebliche Beiträge zur israelischen Gesellschaft. Trotz zu der großen Vielfalt (diversity), die in der israelischen Gesellschaft zu finden ist, bevorzugt dieses Gesetz nur eine Kultur und nur eine ethnische Gruppe, wobei die arabische Sprache herabgestuft wird und nur noch einen „Sonderstatus" erhält.

Noch größere Sorge löst jedoch der Teil des Gesetzes aus, der festhält: „Der Staat sieht die Entwicklung jüdischer Siedlungen als nationalen Wert an und wird deren Gründung und Festigung ermutigen und befördern." Es ist schwer nachzuvollziehen, inwiefern die Unterstützung und Förderung der Errichtung abgegrenzter, monokultureller und monoreligiöser Ortschaften auf israelischem Gebiet (oder in den palästinensischen Gebieten in Form illegaler Siedlungen) den Staat Israel in Richtung einer friedlichen Zukunft bewegen soll. Die geäußerte Absicht, ausschließlich jüdische Gemeinden zu schaffen, löst Alarm bei allen christlichen, muslimischen, drusischen und beduinischen Einwohnern aus, die an denselben Rechten wie andere israelischen BürgerInnen teilhaben wollen.

Als Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land muss ich die Knesset aufrufen, dieses Gesetz wieder aufzuheben. Es wirkt grundlegend spaltend, rassistisch und destruktiv. Über viele Jahre haben hochrangige israelische PolitikerInnen protestiert, wenn das Wort „Apartheid" benutzt wurde, um die Situation in diesem Land zu beschreiben. Die Annahme dieses Gesetzes macht es jedoch schwierig, noch dagegen zu argumentieren, nachdem diese Situation nun per Gesetz kodifiziert worden ist. Indem erklärt wird, dass Israel nicht länger die Heimat für nichtjüdische Menschen sein könne – oder für jene BürgerInnen, diedie arabische Kultur repräsentieren –, ist offiziell eine niedere Klasse von Menschen innerhalb der Nation geschaffen worden.

Ich rufe die vielen BürgerInnen Israels und alle Menschen guten Willens auf, sich gegen dieses Gesetz auszusprechen und für eine Zukunft einzustehen, in der alle Menschen gleichberechtigt in diesem Land leben und gleichermaßen Verantwortung für das gesellschaftliche Leben tragen können.

Die englische Originalversion des Statements finden Sie auf der Internetseite unserer Partnerkirche: http://www.elcjhl.org/bishop-azar-expresses-deep-concern-about-jewish-nation-state-law/ Wir danken Gottfried Brezger für die Übersetzung ins Deutsche. Auch die ELCJHL hat in der Zwischenzeit eine deutsche Übersetzung des Statements von Bischof Azar veröffentlicht.

Bischof Sani Ibrahim Azar

Bei der Verleihung des Exzellenz-Zertifikats für Talitha Kumi im Januar 2018

Herzlichen Dank, Herr Lindemann!

Abschied nach acht Jahren als Schulleiter Talitha Kumis

Von **Jens Nieper**

Lieber Herr Lindemann,

acht Jahre waren Sie nun Schulleiter von Talitha Kumi. Acht Jahre – das klingt für eine Schule, die 167 Jahre alt ist, nach einer kurzen, flüchtigen Episode. Doch das täuscht: Acht Jahre können für eine Schule prägend sein, in solch einem Zeitraum kann sich viel verändern.

Und das gilt auch für Ihre Amtszeit: Unter Ihrer Leitung hat Talitha Kumi sich als offizielle Deutsche Auslandsschule konsolidiert und wurde im September 2017 nach einer Bund-Länder-Inspektion mit dem Exzellenz-Gütesiegel ausgezeichnet. Die Ausstattung des Schulzentrums wurde deutlich verbessert und die Organisation Talitha Kumis hat riesengroße Fortschritte gemacht. Nun existiert mit dem Schulverwaltungsrat auch ein Schulvorstand.

Auf Ihre Initiative wurde wieder eine Schulversammlung – also ein gemeinsames Mitbestimmungsorgan von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen – gewählt. In Ihrer Ägide ist das Gästehaus generalsaniert worden, es entstand die moderne deutsche Bibliothek und das Lehrerzimmer wurde nicht nur verlegt, sondern zu einem attraktiven Arbeitsplatz umgestaltet. Das „Model United Nations" (MUN) haben Sie als Format so etabliert, dass Schülergruppen von lokaler bis internationaler Ebene mit Gewinn an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Und all dies sind nur Beispiele für das Viele, was in Talitha Kumi seit 2010 erreicht wurde.

Eine eindrückliche Episode war für mich, als Sie es vor einigen Jahren bewerkstelligten,

Bei der Amtseinführung im Herbst 2010: Rolf Lindemann und Ehefrau

Zahlreiche Erfolge prägten die Lindemann-Ära. Auch der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm zeigte sich 2014 bei seinem Besuch beeindruckt.

dass es zu einer echten Wahl der LehrerInnen-Vertretung kam. Sonst gab es durch personalinterne Absprachen immer genau so viele Kandidaten, wie es VertreterInnen für das Gremium zu finden galt. Weil nun – ermutigt durch Sie - aber mehrere LehrerInnen ihre Bewerbung nicht zurückzogen, musste abgestimmt werden: richtig mit Wahlurne und öffentlicher Auszählung. Spürbar gab es unter den Lehrkräften eine große Anspannung, ja Verunsicherung. Aber am Ende gab es einen unglaublichen Stolz: „Unser Lehrerrat ist richtig gewählt worden – wir können das!“ – hörte ich so manche(n) bei späterer Gelegenheit sagen.

Mit dieser Momentaufnahme möchte ich verdeutlichen, wie wichtig es Ihnen mit den Jahren wurde, die palästinensischen Lehrkräfte zu stärken. Sie haben sich dafür engagiert, dass auch die Ortslehrkräfte fortgebildet werden – gerade auch, weil diese kein Referendariat durchlaufen. Heute sind viele Palästinenserinnen und Palästinenser auf ganz unterschiedlichen Ebenen an Leitungsaufgaben beteiligt. Auch dies ist ein Argument gegen all jene, die unken, Talitha Kumi sei inzwischen nur noch eine deutsche und keine palästinensische Schule mehr: Talitha Kumi war von Beginn an beides – deutsch und palästinensisch – und ist in immer wieder veränderter Konstellation dies auch geblieben.

Die SchülerInnen lernen hier neben Arabisch auch Deutsch und Englisch

Ihre Jahre in Talitha Kumi waren nicht frei von Konflikten. Konflikte, mit teils so schweren Attacken, dass ich mich manchmal nicht gewundert hätte, wenn Sie mir gesagt hätten, dass es Ihnen nun reiche und Sie die Schulleitung niederlegen. Aber – so nenne ich es mal – eine Mischung aus hanseatischer Besonnenheit, protestantischem Pflichtgefühl und stillem Gottvertrauen hat Sie dazu bewogen, vieles durchzustehen. Und an dieser Stelle gebührt auch Ihrer Gattin Dank, die schulische Konflikte mit Ihnen durchgestanden und Sie nach Kräften unterstützt hat.

Diese genannte Mischung hat Ihnen geholfen, sich doch immer noch eine gute Portion Humor zu erhalten. Und auch eine gewisse Abgeklärtheit: Bis zuletzt haben Sie sich vorbehalten, nach Faktenlage zu entscheiden und nicht nach dem, was einige Menschen im Umfeld der Schule so alles erzählen, meinen und wünschen. Passend dazu war Ihr Wunsch bezüglich eines Abschiedsgeschenks: eine Galerie aller bisherigen Schulleiterinnen und Schulleiter, die in Talitha Kumi verbleibt, und eine Bibel.

Sie waren entscheidend daran beteiligt, dass Talitha Kumi eine Schule in Palästina geworden ist, die sich dem Vergleich mit anderen Lehreinrichtungen selbstbewusst stellen kann, und mit der sich weiterhin viele Menschen in der Region, aber auch in Deutschland identifizieren. Herzlichen Dank Ihnen dafür, alles Gute für Ihren Ruhestand und Gottes Segen!

Pfr. Jens Nieper ist in seiner Funktion als Nahostreferent des Berliner Missionswerkes auch Vorsitzender des Schulverwaltungsrates von Talitha Kumi.

Einweihung der Leseinsel mit Roland Herpich, Direktor des Berliner Missionswerkes

„Die Diakonissen waren stark und weise“

Iman Al Assa über ihre Schulzeit in Talitha Kumi

Iman Al Assa

Iman Al Assa (55) war die erste muslimische Schülerin Talitha Kumis. Dass sie 1969 von den Diakonissen ins Mädcheninternat aufgenommen wurde, verdankt sie ihrem Vater. Heute ist sie Englischlehrerin in Talitha und setzt sich für die Inklusion von Kindern mit Behinderungen ein.

Von **Silke Nora Kehl**

Younis Al Assa mit seiner Enkeltochter Iman (rechts), die nach ihrer Tante benannt ist. Links im Bild: Firial Quassis ging gemeinsam mit der „großen Iman“ zur Schule, heute sind beide noch immer befreundet und Talitha Kumi treu geblieben – sie unterrichten dort als Lehrerinnen.

Ihre erste Prüfung hatte Iman Al Assa im Alter von fünf Jahren: „Lauf, lauf!“, forderte die Schulleiterin von Talitha Kumi sie auf, „zeig mir, dass du laufen kannst“. Für Iman war das nicht leicht, denn eines ihrer Beine war dauerhaft gelähmt – durch eine fehlerhafte medizinische Behandlung. „Schwester Bertha wollte sehen, ob ich es mit den anderen Mädchen aufnehmen kann, ob ich mit ihnen mithalten kann“, erklärt sie. Iman schaffte es. Und wurde als erste muslimische Schülerin an der christlichen Mädchenschule angenommen. Das war 1969.

„Dass ich hier in Talitha aufgenommen wurde, verdanke ich meinem Vater“, sagt sie. Ihr Vater Younis Al Assa leitete in den 1960er Jahren die Bethlehemer Behörde für Landwirtschaft. „Die Direktorin Talitha Kumis, Schwester Bertha, und ihre Stellvertreterin Schwester Najla baten mich damals um Hilfe“, berichtet der heute 80-Jährige. „Sie wollten das Schulgelände auf dem Hügel mit Bäumen bepflanzen, was auf dem steinigen Boden ein schwieriges Unterfangen war.“ Zuerst hätten er und seine Mitarbeiter versucht, Pinien und Eukalyptusbäume zu pflanzen. Als das nicht gelang, entschieden sie, einen Mischwald aus 5000 gezüchteten Setzlingen anzulegen: „Aus unserer Baumschule in Jericho.“ Diese Pflanzen schlugen schließlich Wurzeln.

Nicht nur die von Younis Al Assa gepflanzten Bäume wurden in Talitha groß – auch seine Tochter Iman wuchs hier auf. „Talitha war damals eine außergewöhnliche Schule in der Region“, sagt er. „Und ich wollte Iman eine gute Ausbildung ermöglichen.“ Daher bat er die Diakonissen, seine Tochter in das Mädcheninternat aufzunehmen. Nur 15 Tage nach ihrem Einzug ins Internat wurde Younis Al Assa aus politischen Gründen verhaftet. „Bis zu meinem Abitur habe ich ihn nicht wiedergesehen – dreizehn Jahre lang“, berichtet Iman. Es sei eine sehr harte Zeit für die Familie gewesen. „Meine Mutter war noch sehr jung, und sie hatte keinen Beruf erlernt.“ Sie musste nach der Verhaftung ihres Mannes wieder zu ihren Eltern ziehen.

Trotz ihrer schweren Lage behauptete sich die Mutter gegen den Willen von Imans Großvater, der das Mädchen mehrmals von der Schule nehmen wollte. Immer wieder setzte sie sich dafür ein, dass ihre Tochter bis zum Abitur in Talitha bleiben konnte. Für Iman bot die Schule neben einer fundierten Ausbildung auch einen geschützten Raum. Dafür jedoch war sie nicht nur von ihrem inhaftierten Vater getrennt, sondern konnte auch ihre Mutter über einen langen Zeitraum nicht sehen. „Anders als heute gab es kaum öffentliche Verkehrsmittel, und der Weg zu meiner Familie war weit für mich“, erklärt sie.

„Die Schwestern haben mir in diesen schweren Zeiten sehr geholfen“, sagt Iman Al Assa. „Sie waren stark und weise.“ Vier Diakonis-

Der von Younis Al Assa einst mühsam angelegte Wald um Talitha Kumi

sen hätten damals in Talitha gewirkt. Sie gaben nicht nur Unterricht und betreuten die Internatsschülerinnen. Sie bewirtschafteten auch das Land auf dem Hügel. „Es gab Hühner, Kühe und einen Gemüsegarten", berichtet sie. „Wir lebten weitgehend als Selbstversorger." Iman denkt daher gern an ihre Zeit im Internat zurück. „Nach dreizehn Jahren in Talitha habe ich als Klassenbeste das Abitur abgelegt."

Heute arbeitet Iman Al Assa als Englischlehrerin in Talitha. Darüber hinaus setzt sie sich seit vielen Jahren für die Inklusion von SchülerInnen mit Handicaps ein. Derzeit liegt ihr eine Sache besonders am Herzen: „Wir brauchen unbedingt einen barrierefreien Zugang zu unsere Schulkapelle." Denn alle sollen an der morgendlichen Andacht teilnehmen können – ohne Einschränkungen.

Iman al Assa ist mittlerweile in Talitha verwurzelt wie die von ihrem Vater gepflanzten Bäume. So wie der groß gewordene Wald Schatten spendet und die Landschaft auf dem Hügel prägt, gestaltet sie seit vielen Jahren den Schulalltag mit. Dass christliche und muslimische Kinder sowie SchülerInnen mit und ohne Behinderungen hier gemeinsam lernen, verdankt Talitha auch ihr. Schließlich ist sie selbst die ersten, nicht ganz leichten Schritte auf dem Weg zu mehr Vielfalt und Inklusion gegangen.

Talitha Kumi wurde 1851 gegründet und hat eine lange Tradition als christliche Mädchenschule. 1980 wurde der gemeinsame Unterricht von Mädchen und Jungen eingeführt, womit Talitha Kumi eine Vorreiterrolle in Palästina übernahm. Heute sind etwa 50 Prozent der 900 SchülerInnen muslimisch. Inklusion ist eines der wichtigsten Prinzipien der Schule. Weitere Informationen dazu finden Sie auf unserer Website: www.talithakumi.org/de/schule-2/integration/

Feierliche Einführung in der Schulkapelle Talitha Kumis: Matthias Wolf mit Bischof Ibrahim Azar und Direktor Roland Herpich (von links nach rechts)

Matthias Wolf als Schulleiter eingeführt

Matthias Wolf wurde am 23. August mit einem Gottesdienst in der Schulkapelle und anschließendem Empfang als neuer Direktor des Schulzentrums Talitha Kumi eingeführt. An dem Einführungsgottesdienst wirkten der evangelisch-lutherische Bischof Ibrahim Azar, Roland Herpich, Direktor des Berliner Missionswerkes, Joachim Liebig, Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts, und Jens Nieper, Nahostreferent des Berliner Missionswerkes und Vorsitzender des Schulverwaltungsrats, mit. Beim anschließenden Empfang im Innenhof des evangelischen Schulzentrums hielt unter anderen der evangelische Propst von Jerusalem, Wolfgang Schmidt, ein Grußwort. Matthias Wolf (55) war zuvor Referent im Hessischen Kultusministerium und bringt bereits Erfahrung als Direktor einer Auslandsschule mit: Von 2005 bis 2011 leitete er die Christliche Deutsche Schule in Chiang Mai/Thailand. In unserer nächsten Ausgabe stellen wir Matthias Wolf ausführlicher vor.

Benefiz für Talitha Kumi

Die evangelische Kirchengemeinde Boxhagen-Stralau (Berlin) lädt am Freitag, 12. Oktober, zu einer Benefiz-Veranstaltung für Talitha Kumi in die Offenbarungskirche ein. Küsterin Silke Helling und Pfarrerin Barbara Deml vom Berliner Missionswerk gestalten den Gottesdienst und der Berliner Lehrer und Sänger Dr. Thorsten Krüger wird über seine Zeit als Lehrkraft in Talitha Kumi berichten. Im Anschluss wird er Lieder von Bob Dylan vortragen. Alle sind herzlich willkommen! Adresse: Simplonstraße 31-37, 10245 Berlin (Nähe Bahnhof Ostkreuz), Zeit: 19 - 21 Uhr.

Vortrag über Medizinethik

Und noch eine herzliche Einladung: Am Dienstag, 20. November, spricht Dr. Melanie Mordhorst-Mayer, Pfarrerin an der Jerusalemer Erlöserkirche, zum Thema „Medizinethische Entscheidungsfindung im orthodoxen Judentum". Eine Zusammenfassung ihrer Promotion zu diesem Thema haben wir Ihnen in dieser Ausgabe vorgestellt (Seite 24 bis 28). Der Vortrag findet um 20 Uhr im Refektorium der Erlöserkirche in der Jerusalemer Altstadt (Muristan Road) statt.

HIER KÖNNEN SIE HELFEN

Zähneputzen macht Spaß!

Quieken und Lachen ist aus dem Waschbereich des Kindergartens von Talitha Kumi zu hören: Eine Volontärin übt mit den Kindern das Zähneputzen. Die Kleinen stehen an den Waschbecken; einige sind neugierig, andere schauen noch ängstlich, manche sind ganz ernst bei der Sache, andere mit viel Spaß.

Aus Deutschland sind bunte Kinderzahnbürsten und Zahncreme gespendet worden. Zähneputzen – das ist in palästinensischen Familien nicht selbstverständlich. Eben auch nicht bei Kindern. Weil außerdem zu Hause und bei Festen gern Süßigkeiten gegessen und Limonaden getrunken werden, leiden viele Schulkinder an Karies oder haben Übergewicht.

Einige Kilometer weiter, im evangelisch-lutherischen Kindergarten in Beit Sahour, sind die Tische hübsch mit Tellern und Besteck, Servietten und Blumen gedeckt. Die Erzieherinnen bringen große Töpfe in den Raum: Nudeln mit Gemüse stehen heute auf dem Speiseplan. In der „Woche der gesunden Ernährung" lernen die Kinder, wie schön es ist, Essen frisch zuzubereiten und die gemeinsame Mahlzeit ein bisschen zu feiern.

Ohne nebenher fernzusehen oder auf das Smartphone zu gucken. Zwar dürfen es auch mal Schokoriegel oder Kartoffelchips sein, erklärt die Erzieherin, aber sie sollten nie eine gesunde frische Mahlzeit ersetzen.

Denn auch in der palästinensischen Gesellschaft haben viele Familien nicht mehr die Zeit, jeden Tag frisch zu kochen oder morgens gemeinsam zu frühstücken. Deswegen ist es wichtig, bereits in den Kindergärten ein Bewusstsein für gesunde Ernährung zu vermitteln. Auch die Gewohnheit, regelmäßig Zähne zu putzen, sollten Kinder so früh wie möglich einüben.

Gerne würden die Kindergärten unserer evangelisch-lutherischen Partnerkirche und Talitha Kumis diese Gesundheitsprojekte regelmäßig durchführen und ausweiten. Doch dazu fehlen oft die Mittel. Daher freuen wir uns über jede Spende für die Arbeit der evangelischen Kindergärten im Heiligen Land. Helfen Sie mit, dass diese Einrichtungen den Kindern zu Begleitern auf dem Weg in ein gesundheitsbewusstes Leben werden können!

Spendenkonto
Evangelische Bank
IBAN
DE66 5206 0410 0003 9097 60
BIC GENODEF
Projekt 4302

Ein Überweisungsformular finden Sie in der Mitte des Hefts

Vier unserer neuen Volontärinnen im Heiligen Land: Das Berliner Missionswerk besetzt erstmals auch die Freiwilligenstellen von „Evangelisch in Jerusalem“.

BERLINER MISSIONSWERK

www.berliner-missionswerk.de

Jerusalemsverein im Berliner Missionswerk

www.jerusalemsverein.de